

## AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

**20 Jahre EU-Osterweiterung:  
Beschäftigte aus den EU-Beitritts-  
ländern in Deutschland**

*Joachim Ragnitz*

**20 Jahre EU-Osterweiterung:  
Vertrauen in die EU und Glaube  
an Demokratie sind nicht zurück-  
gegangen**

*Albert Landsberger*

**Grundsätzlich verschieden,  
aber punktuell konvergent:  
Die Betriebsdynamik in Ost-  
und Westdeutschland seit  
dem Jahr 2001**

*Grega Ferenc, Remo Nitschke und  
Michael Weber*

## AKTUELLER KOMMENTAR

**Bürokratieabbau – ein Beitrag  
zur Lösung des Arbeitskräfte-  
problems in Deutschland?**

*Joachim Ragnitz*

## IM BLICKPUNKT

**Unsicherheiten bei der Ermitt-  
lung von Übersterblichkeit  
während der Corona-Pandemie**

*Joachim Ragnitz*

## DATEN UND PROGNOSEN

**ifo Konjunkturumfragen  
Ostdeutschland und Sachsen  
(März 2024)**

## AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

# 20 Jahre EU-Osterweiterung: Der Weg zum neuen vereinten Europa

*Grega Ferenc und Matteo Neufing*



**ifo Dresden berichtet**

ISSN 0945-5922

31. Jahrgang (2024)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,

Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de)

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

**Im Internet:**

<http://www.ifo.de/forschung/ifo-dresden>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

**AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE****20 Jahre EU-Osterweiterung: Der Weg zum neuen vereinten Europa 3***Grega Ferenc und Matteo Neufing*

Die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren markierte einen historischen Wendepunkt in Europa nach dem Fall der Berliner Mauer. Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer zur EU führte dort zu beeindruckendem wirtschaftlichen Wachstum, insbesondere in Polen, Tschechien und Slowenien. Die anfänglichen Bedenken bezüglich negativer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Lohnniveau in den alten Mitgliedsländern erwiesen sich als unbegründet. Die politischen Herausforderungen zeigen sich in der dualen Wahrnehmung der EU als Förderer der Demokratie und als Einschränkung nationaler Souveränität. Diese Dualität trug zur Stärkung nationalistischer und populistischer Parteien in einigen Ländern bei. Insgesamt erwies sich die Erweiterung als erfolgreich, jedoch bleiben politische Spannungen ein zu beachtender Aspekt.

**20 Jahre EU-Osterweiterung: Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern in Deutschland 9***Joachim Ragnitz*

Aktuell sind rund 820000 Arbeitnehmer\*innen aus den EU-Beitrittsländern der ersten Runde (2004) in Deutschland tätig; das sind 2,4% aller Beschäftigten hierzulande. Anders als ursprünglich befürchtet wurde, hat dies jedoch nicht zu einer Verdrängung von deutschen Arbeitnehmer\*innen am Arbeitsmarkt geführt. Vielmehr sind Personen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern vor allem in Bereichen tätig, die aufgrund niedriger Löhne oder ungünstiger Arbeitsbedingungen für heimische Arbeitskräfte wenig attraktiv sind. Der Beitrag zur Deckung von Arbeitskräfteengpässen in anspruchsvollen Tätigkeiten ist hingegen recht gering.

**20 Jahre EU-Osterweiterung: Vertrauen in die EU und Glaube an Demokratie sind nicht zurückgegangen 13***Albert Landsberger*

Vor 20 Jahren traten im Rahmen der fünften Erweiterungsrunde zehn Länder der EU bei. Von diesen zehn liegen acht in Osteuropa, weswegen oft von der EU-Osterweiterung gesprochen wird. Mit Polen und Ungarn waren darunter auch Länder, die zuletzt ein angespanntes Verhältnis zur EU hatten. Die gegen die beiden Länder eingeleiteten Rechtsstaatsverfahren sind Ausdruck dieser Spannungen. Das Vertrauen der Bürger\*innen der Beitrittsländer in die EU ist jedoch noch immer hoch. Auch das Ansehen der Demokratie ist nach wie vor hoch und der Wunsch nach „starken“ Anführer\*innen gering.

**Grundsätzlich verschieden, aber punktuell konvergent: Die Betriebsdynamik in Ost- und Westdeutschland seit dem Jahr 2001 18***Grega Ferenc, Remo Nitschke und Michael Weber*

Wir untersuchen, ob sich die Betriebsdynamik zwischen Ost- und Westdeutschland signifikant unterscheidet und wie sich diese Unterschiede über die Zeit verändert haben. Anhand des IAB-Betriebs-Historik-Panels analysieren wir für die einzelnen Betriebsgrößenklassen jeweils Gründungen, Schließungen und den Übergang in eine andere Betriebsgrößenklasse für die Zeiträume 2001 bis 2011 sowie 2011 bis 2021. Deskriptive Analysen und Regressionsanalysen legen nahe, dass die Gründungs- und Schließungsdynamik in Ostdeutschland signifikant stärker und der Anteil wachsender Betriebe signifikant kleiner ist als in Westdeutschland. Dabei haben die Ost-West-Unterschiede insbesondere bei den Gründungs- und Schließungsraten der Kleinst- und kleinen Betriebe über die Zeit abgenommen.

## AKTUELLER KOMMENTAR

<b>Bürokratieabbau – ein Beitrag zur Lösung des Arbeitskräfteproblems in Deutschland?</b>	25
<i>Joachim Ragnitz</i>	

## IM BLICKPUNKT

<b>Unsicherheiten bei der Ermittlung von Übersterblichkeit während der Corona-Pandemie</b>	26
<i>Joachim Ragnitz</i>	

Die Übersterblichkeit war ein wesentlicher Indikator zur Messung der pandemiebedingten Gefahren in der Coronakrise. Als Voraussetzung zu deren Ermittlung ist es wichtig, die Normalsterblichkeit richtig zu berechnen. Im Folgenden wird die Normalsterblichkeit anhand verschiedener Methoden ermittelt, um zu zeigen, welchen Einfluss diese auf die Schätzung der Übersterblichkeit haben. Die hier präsentierten Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechnungen ganz erheblich sein können. Dies gilt nicht nur für das Jahr 2023, sondern sogar für die Jahre 2021-2022. Da es nicht möglich ist, die „wahre“ Normalsterblichkeit zu ermitteln, fehlt es auch an einem objektiven Maßstab zur Bewertung der Ergebnisse der verschiedenen Methoden mit Blick auf die Übersterblichkeit.

## DATEN UND PROGNOSEN

<b>ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (März 2024)</b>	30
<i>Niels Gillmann und Ernst Glöckner</i>	

## AUS DEM ifo DRESDEN

<b>ifo Veranstaltungen</b>	33
<b>ifo Veröffentlichungen</b>	34
<b>ifo Vorträge</b>	34
<b>ifo in den Medien</b>	35

Grega Ferenc und Matteo Neufing\*

# 20 Jahre EU-Osterweiterung: Der Weg zum neuen vereinten Europa

Die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren markierte einen historischen Wendepunkt in Europa nach dem Fall der Berliner Mauer. Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer zur EU führte dort zu beeindruckendem wirtschaftlichen Wachstum, insbesondere in Polen, Tschechien und Slowenien. Die anfänglichen Bedenken bezüglich negativer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Lohnniveau in den alten Mitgliedsländern erwiesen sich als unbegründet. Die politischen Herausforderungen zeigen sich in der dualen Wahrnehmung der EU als Förderer der Demokratie und als Einschränkung nationaler Souveränität. Diese Dualität trug zur Stärkung nationalistischer und populistischer Parteien in einigen Ländern bei. Insgesamt erwies sich die Erweiterung als erfolgreich, jedoch bleiben politische Spannungen ein zu beachtender Aspekt.

## HISTORISCHER KONTEXT

Die Berliner Mauer fiel am 9. November 1989 und markierte somit den Zerfall des kommunistischen Blocks und das Ende des Kalten Krieges. Neben der deutschen Wiedervereinigung war dies jedoch auch ein wichtiger Ausgangspunkt für eine spätere „europäische Wiedervereinigung“. Bis 1996 bewarben sich 13 Staaten um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU), darunter drei ehemalige Sowjetrepubliken (Litauen, Lettland und Estland), vier Satellitenstaaten der UdSSR (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) sowie ein Land aus dem ehemaligen blockfreien Jugoslawien (Slowenien). Hinzu kamen noch zwei Inselstaaten im Mittelmeer, Zypern und Malta (Eur-Lex 2007). Nach langen Verhandlungen wurde beim Treffen des Europäischen Rates in Kopenhagen im Jahr 2002 verkündet, dass zehn von den 13 sich bewerbenden Staaten am 1. Mai 2004 als neue Mitgliedsstaaten in die EU eintreten dürfen (Council of the European Union 2003). Damit erfolgte die größte Erweiterung in der Geschichte der EU, begleitet durch Feuerwerke und Feierlichkeiten in den neuen Mitgliedsstaaten (FAZ 2004). Geografisch erweiterte sich die supranationale EU um ca. 23 % und bekam zusätzlich 75 Mill. neue Bürger\*innen (EZB 2004).

Wirtschaftlich war das Gewicht der neuen Länder im Vergleich zum Rest der EU eher gering, da sie zusammen etwa 4,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der EU zum Zeitpunkt des Beitritts ausmachten. Dies war deutlich weniger als bei der Aufnahme Spaniens und Portugals (8%) in die Union im Jahr 1986 (EZB 2004), weshalb die Osterweiterung in manchen bisherigen Mitgliedsländern auch kritisch betrachtet wurde (Baas und Brückner 2010). Eine Sorge war, dass durch den Eintritt der ökonomisch (teilweise deutlich) schwächeren Volkswirtschaften das Lohnniveau in den älteren Mitgliedsstaaten sinken und die Arbeitslosigkeit steigen würden. Zusätzlich erwarteten einige eine potenziell große Migrationswelle in Richtung der alten EU-Mitgliedsländer, welche insbesondere zu Belastungen der ehemaligen Grenzregionen führen würde (Trettin 2010).

## ANPASSUNGSEFFEKTE IN FOLGE DER EU-OSTERWEITERUNG

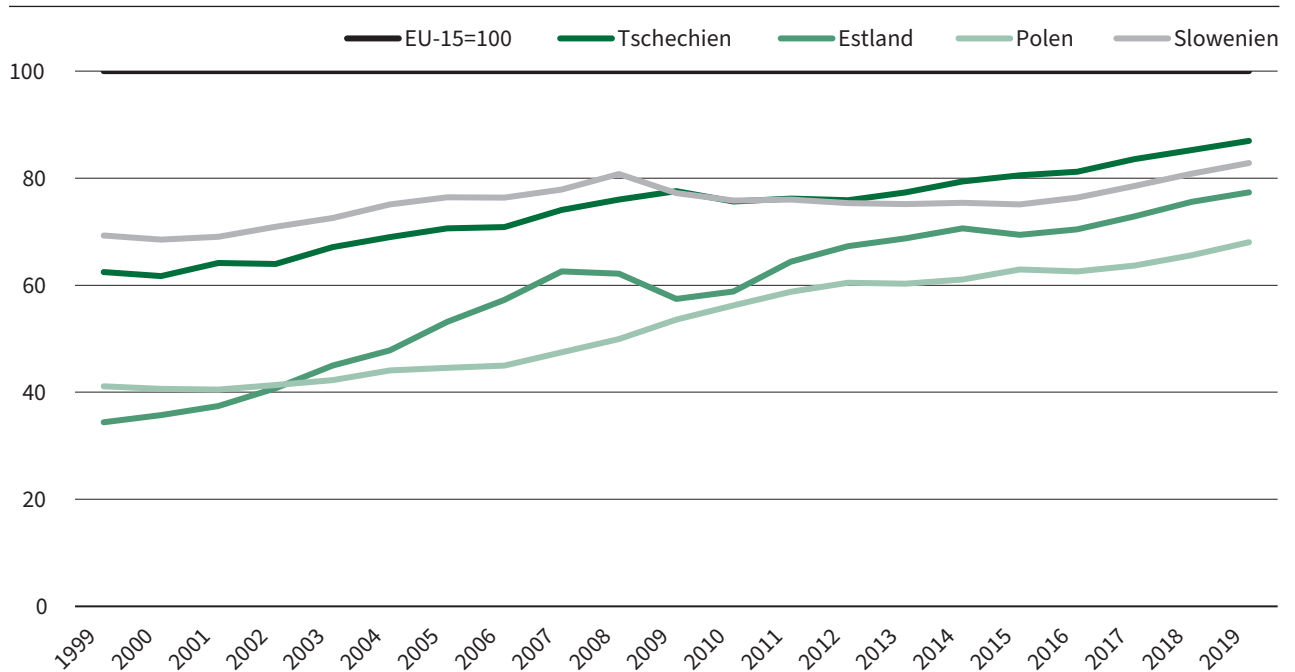
Der damalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet zeigte sich zuversichtlich, dass in den neuen Mitgliedsländern im Laufe der nächsten Jahre Aufholprozesse stattfinden würden, die die wirtschaftliche Lücke zwischen ihnen und dem Rest der EU verringern würden (EZB 2004). Abbildung 1 zeigt das nominale BIP pro Kopf der ausgewählten Mitgliedsländer als Anteil des realen BIP pro Kopf der EU mit ihren 15 Mitgliedsstaaten von vor der Erweiterung. Dabei ist in jedem Jahr das BIP pro Kopf der EU-15-Staaten gleich 100 gesetzt. Die von Trichet prognostizierten Aufholprozesse der jeweiligen Mitgliedsstaaten sind deutlich sichtbar. Estland schaffte den größten Sprung: von 47,8% des BIP pro Kopf der EU in 2004 auf gut 77% innerhalb von 20 Jahren. Tschechien näherte sich ebenfalls um etwas weniger als 20 Prozentpunkte an die EU-15 an. Slowenien, das Land mit einem der höchsten BIP pro Kopf unter den neuen Mitgliedsländern, holte von 75% auf gut 83% auf (vgl. Abb. 1). Es ist jedoch nicht gänzlich klar, in welchem Maße dieser Aufholprozess auch ohne einen Beitritt in die EU vonstattengegangen wäre. Fakt ist allerdings, es hat ein rapider Aufholprozess in den betroffenen osteuropäischen Staaten stattgefunden, welcher höchstwahrscheinlich durch die Aufnahme in die EU gefördert wurde.

Abbildung 2 zeigt die Wachstumsrate des realen BIP pro Kopf zwischen 2000 und 2022. Das Jahr 2015 dient als Basisjahr. Die neuen Länder entwickelten sich im Vergleich zu den alten Mitgliedsstaaten (EU-15) deutlich dynamischer. Polen verzeichnete beispielsweise nach der Erweiterung 2004 durchweg höhere Wachstumsraten als die alten EU-Staaten. Insbesondere in den unmittelbaren Folgejahren der Aufnahme in die EU erreicht jedes Beitrittsland mindestens eine Periode mit einem Wirtschaftswachstum von über 5%. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg liegt die durchschnittliche Wachstumsrate jedes der gezeigten Länder deutlich über dem

\* Grega Ferenc ist Doktorand und Matteo Neufing war zum Zeitpunkt des Erstelkens des Beitrags Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Abb. 1**

**Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der 2004 hinzugekommenen ausgewählten Mitgliedsländer als Anteil des EU-15-pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (in %)\***



Anmerkung: \* Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Marktpreisen (nominal) unter der Berücksichtigung der Kaufkraftstandards.

Quelle: Eurostat (2024a). Darstellung des ifo Instituts.

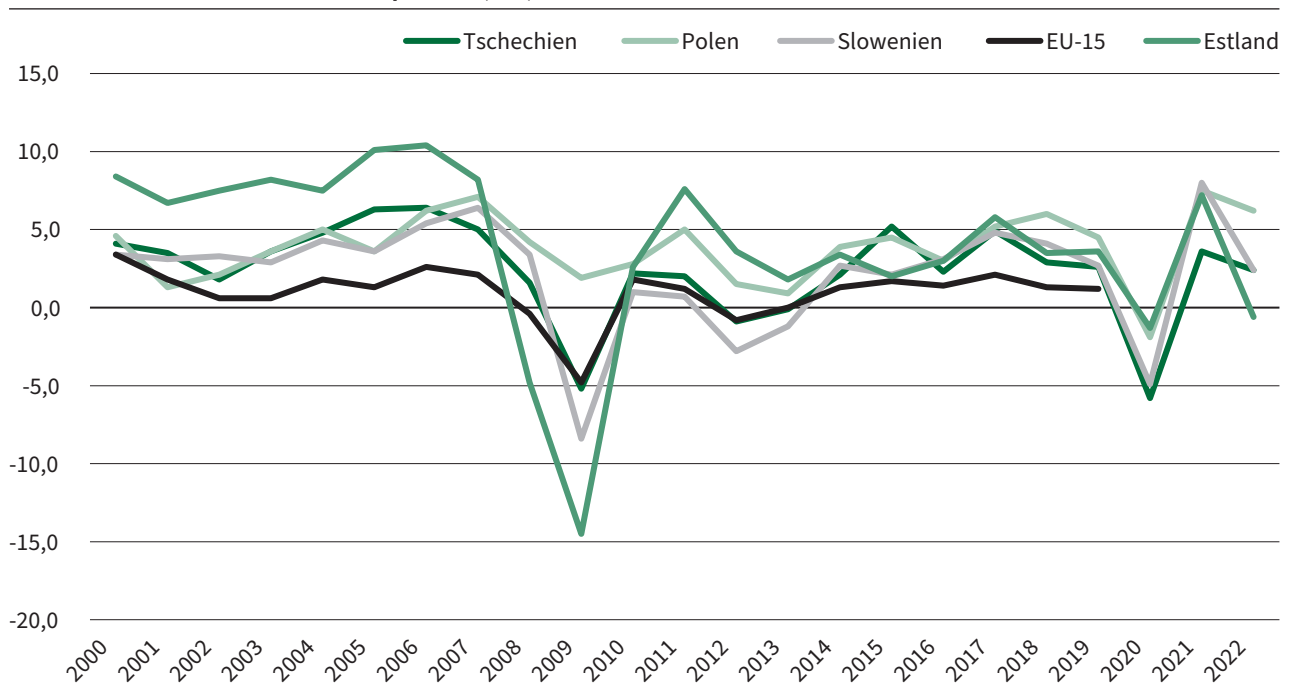
© ifo Institut

Wachstum der EU-15. Gründe dafür dürften, wie durch die EZB prognostiziert, unter anderem die erfolgreiche Transition zu einer funktionierenden Marktwirtschaft sowie die Handelsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit durch den gemein-

samen europäischen Markt sein. Allerdings ist nicht abschließend klar inwiefern der EU-Beitritt für diesen Aufholprozess verantwortlich ist. Ragnitz (2004) argumentierte bereits, dass die Integration der neuen Länder in den europäischen Binnen-

**Abb. 2**

**Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (in %)\***



Anmerkung: \* Für EU-15 sind Daten ab 2019 nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (2024a). Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

markt weitgehend vor der Erweiterung abgeschlossen war. Insgesamt sah er die Osterweiterung als eine Chance, um strukturelle Reformen in Deutschland schneller voranzubringen.

Die Finanzkrise 2008 ist, mit Ausnahme von Polen, in Abbildung 2 für alle Länder ganz klar ersichtlich. Besonders hart traf es Estland. So schrumpfte das BIP pro Kopf hier im Jahr 2009 um 14,5% (vgl. Abb. 2). Diese drastische Entwicklung lässt sich auf die starke Austeritätspolitik der estnischen Regierung, als Antwort auf die Krise, zurückführen. Mit der Einführung eines festen Wechselkurses zum Euro beschränkte Estland die eigene Handlungsfähigkeit in der Geldpolitik. Hinzu kam eine sparsame Fiskalpolitik, die einerseits Inflation bekämpfen und andererseits die Verschuldung auf einem niedrigen Niveau halten sollte, um einen späteren Eintritt in den Euro (2011) zu ermöglichen (Friedrich und Reiljan 2015).

Entgegen den Bedenken in den alten Mitgliedsländern führte die EU-Osterweiterung zu einem Anstieg des realen BIP in den EU-15-Staaten. Dies zeigten Baas und Brücker (2010) anhand eines makroökonomischen Simulationsmodells, exemplarisch für die Bundesrepublik und das Vereinigte Königreich. Demnach führte die europäische Osterweiterung zu einem Anstieg des realen BIP pro Kopf. Gleichzeitig stiegen auch die Löhne und die Beschäftigung in beiden Volkswirtschaften. Ferner prognostizierte die Literatur der Regionalökonomie, dass Grenzregionen im Zuge der europäischen Integration von neuen Märkten, niedrigeren Transportkosten und durch nun wesentlich mobilere Inputfaktoren, Kapital und Arbeit, profitieren sollten (Wassmann 2016, Brühlhart 2011). Ochsner und Wassmann (2016) bestätigten diese theoretischen Annahmen und zeigten mithilfe der synthetischen Kontrollmethode, dass Regionen in Deutschland, die an neue Mitgliedsländer grenzen, von der Erweiterung profitiert haben. Die Region Chemnitz hat demnach besonders stark von der Erweiterung im Sinne

des Wachstums, gemessen am BIP pro Kopf, profitiert. Für die Region Dresden wurde ebenfalls ein Gewinn identifiziert, allerdings ist dieser aufgrund fehlender statistischer Signifikanz mit Vorsicht zu genießen (Ochsner und Wassmann 2016). Für die Dienstleistungsbranche in Deutschland stellten Braakmann und Vogel (2010) fest, dass die EU-Osterweiterung für kleine ostdeutsche Unternehmen nahe der östlichen Grenze in einem Umsatzzuwachs von 2,3% im Jahr 2004 im Vergleich zu Unternehmen außerhalb der Grenzregionen resultierte. Das deutet darauf hin, dass Globalisierungsgewinne sich nicht nur für große, sondern auch für kleine Unternehmen ergeben können (Braakmann und Vogel 2010).

### AUSWIRKUNGEN AUF DEN DEUTSCHEN ARBEITSMARKT UND LÖHNE

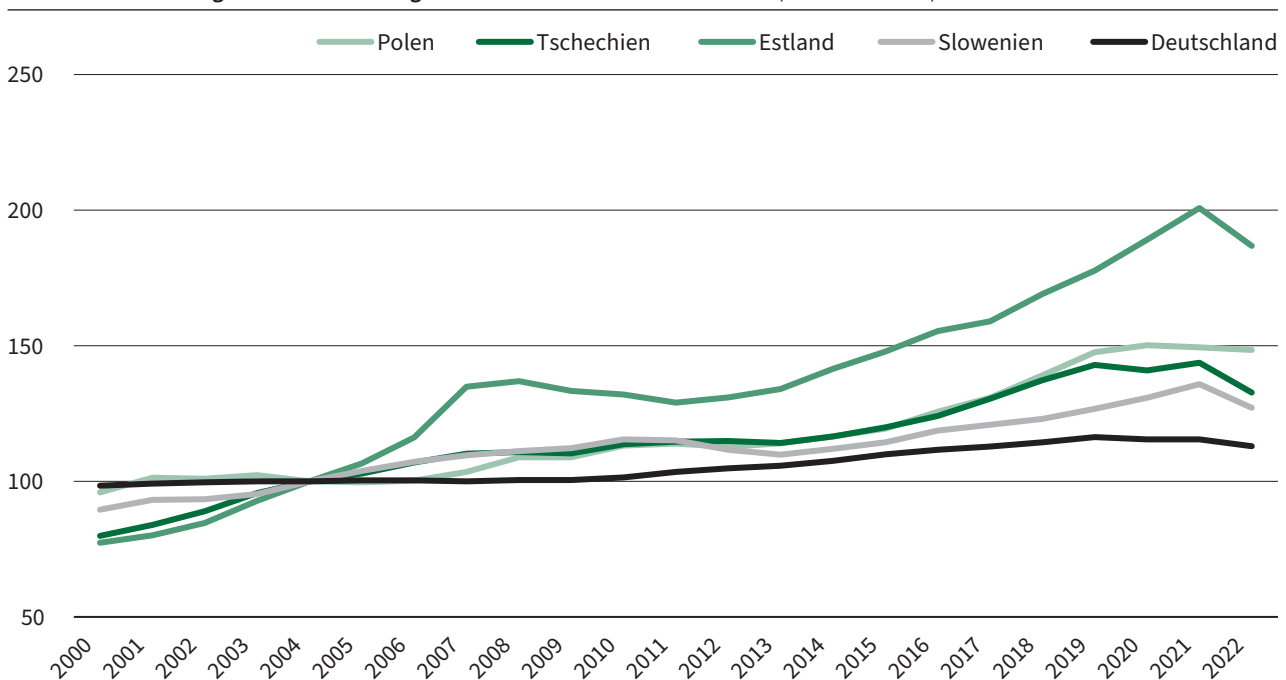
Auch auf dem Arbeitsmarkt gab es deutliche Veränderungen. Nach der Erweiterung der EU im Jahr 2004 sind die jährlichen Bruttolöhne in den neuen Mitgliedsstaaten regelrecht „explodiert“. Abbildung 3 zeigt die Lohnentwicklung als Index in ausgewählten neuen Mitgliedsstaaten. Die Werte sind auf das Jahr 2004 normiert. So sind beispielsweise die Löhne in Estland im Vergleich zum Basisjahr um ganze 87% höher.

In beiden Nachbarländern Deutschlands ist ebenfalls ein positiver Trend erkennbar: in Tschechien stiegen die Löhne um etwa 33% und in Polen sogar um fast 50%. Im Vergleich dazu sind die Löhne in Deutschland im gleichen Zeitraum um 13% gestiegen. Dieser Vergleich ist jedoch nur bedingt aussagekräftig, da die Unterschiede zwischen den Ländern teilweise immer noch sehr deutlich sind.

Die Sorge um gestiegene Arbeitslosigkeit scheint sich ebenfalls nicht bewahrheitet zu haben. Zwar zeigte Schiman (2021), dass durch den Zufluss von Arbeiter\*innen aus den

Abb. 3

Lohnwachstum in ausgewählten neuen Mitgliedsländern zwischen 2000 und 2022 (Index 2004 = 100)



Quelle: OECD (2024). Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

neuen Mitgliedsländern nach Österreich kurzfristig die Arbeitslosenquote gestiegen ist, allerdings stieg gleichzeitig die Gesamtbeschäftigung im Land. Ferner zeigte seine Analyse, dass nicht alle Regionen gleichermaßen durch den Zufluss von Migrant\*innen aus den neuen EU-Ländern betroffen waren, sondern die Nähe zur früheren EU-Außengrenze eine wichtige Rolle für die Größe des Effektes spielte (Schiman 2021).

Abbildung 4 stellt die Arbeitslosenquote zwischen 2000 und 2022 in den ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten dar. Was auffällt ist, dass die neuen EU-Mitglieder bereits vor ihrem Eintritt in die EU sinkende Arbeitslosenquoten verzeichneten. Polen gelang mit Abstand die größte Reduktion der Arbeitslosigkeit – während diese zum Zeitpunkt des EU-Eintritts noch im zweistelligen Bereich lag, war sie bereits 2007 unter 10%. Fast 20 Jahre später lag die Quote sogar knapp unter 3%. Auch bei anderen Ländern ist eine ähnliche Entwicklung zu sehen, die zwar etwas weniger deutlich ausgeprägt ist. Auffällig ist jedoch, dass nach der Finanzkrise im Jahr 2008 die Arbeitslosigkeit in allen betrachteten Ländern gestiegen ist, insbesondere aber in Estland, wo sie deutlich im zweistelligen Bereich lag. Auch dies ist auf die angesprochene Austeritätspolitik der estnischen Regierung zurückzuführen. Estland gelangte in erster Linie durch Exportgewinne und ausländische Investitionen aus den skandinavischen Ländern wieder aus der Krise und wurde 2011 Teil des Euroraums (Staeher 2011). Nach 2013 verzeichneten die Länder wieder mehr oder weniger sinkende Arbeitslosenquoten. Im Betrachtungszeitraum erreichte die Arbeitslosenquote in Deutschland ihren Höhepunkt im Jahr 2005 (11,7%). Dies ist allerdings nicht auf eine Zuwanderung aus den östlichen Nachbarländern zurückzuführen. Deutschland öffnete den Arbeitsmarkt für Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten

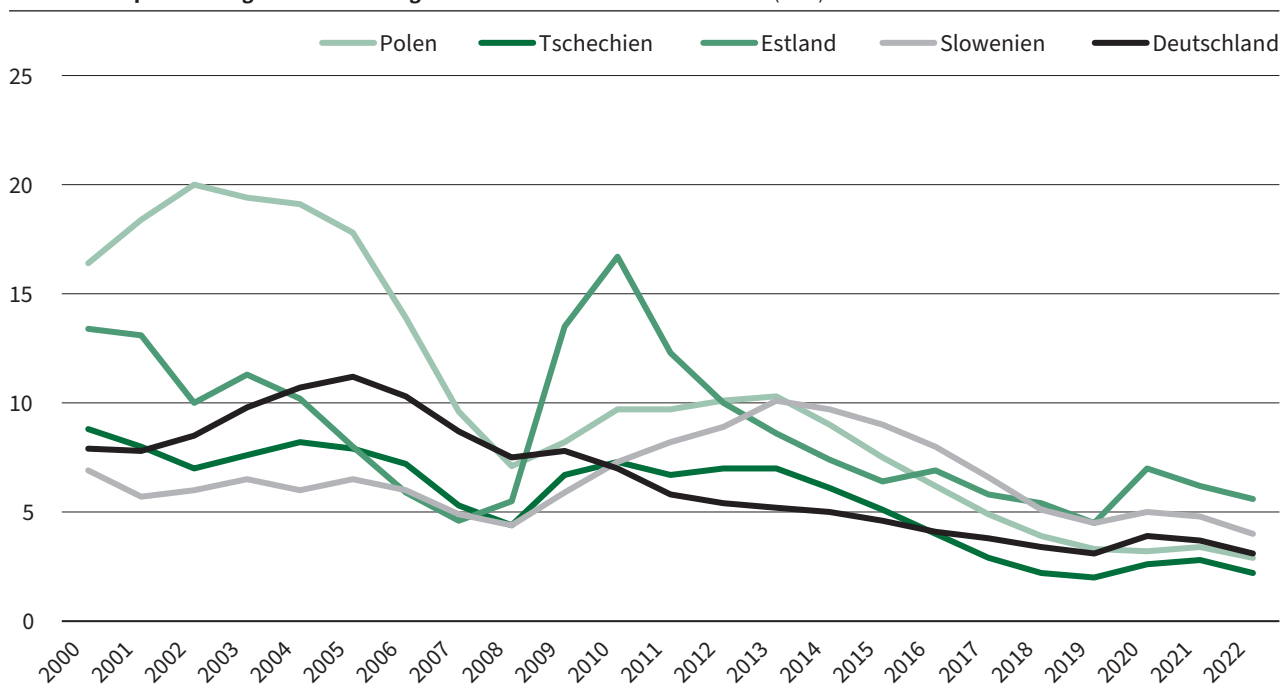
erst 2011 und reizte damit die verhandelte 2+3+2-Regel voll aus, die erlaubte, dass die alten Mitgliedstaaten den Zugang zum Arbeitsmarkt der Arbeitnehmer\*innen aus den neuen Mitgliedsstaaten bis zu sieben Jahre beschränkten konnten. Durch die Agenda 2010 und die damit verbundene Hartz-Reform (2005) sank die Arbeitslosenquote nach 2005 kontinuierlich. Diese Entwicklung wurde auch nicht durch eine Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes 2011 beeinträchtigt.

Die Befürchtungen über große Migrationsströme, die den deutschen Arbeitsmarkt zu sehr belasten würden, erwiesen sich daher als falsch. Mit der sogenannten 2+3+2-Regel wurden den alten Mitgliedsstaaten das Recht eingeräumt, den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten für Arbeiter\*innen aus den neuen Mitgliedsländern zu beschränken. Dabei haben Deutschland und Österreich die maximal erlaubte Frist von sieben Jahren vollkommen ausgeschöpft, bevor die Arbeitnehmer\*innen aus den EU-8<sup>1</sup> ohne jegliche Beschränkungen in beiden Ländern arbeiten durften (Europäische Kommission 2006). Noch vor dem Fristablauf wurde bei einer vollständigen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes eine jährliche Nettozuwanderung zwischen 153000 und 273000 Personen pro Jahr prognostiziert (Sinn et al. 2001). Die tatsächliche Zuwanderung aus den neuen Mitgliedsländern im ersten Jahr der Arbeitnehmerfreizügigkeit belief sich jedoch auf knapp 80000 Personen (Ragnitz 2024; BAMF 2014).

**POLITISCHE DIMENSIONEN DER ERWEITERUNG**

Die Erweiterung der EU um die ost- und südosteuropäischen Staaten war auch eine Vereinigung von kapitalistischen Volkswirtschaften und ehemaligen sozialistischen Staaten. Nicht nur

**Abb. 4**  
Arbeitslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten zwischen 2000 und 2022 (in %)\*



Anmerkung: \* Die Arbeitslosenquote bezieht sich auf die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 74 Jahren.

Quelle: Eurostat (2024b). Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut



aus diesem Grund waren einige Menschen besorgt über die politischen Spannungen, die in einer vergrößerten Europäischen Union entstehen könnten. Malova und Dolny (2008) beschreiben eine zwiespältige Entwicklung der Demokratisierung in den neuen Mitgliedstaaten. Sie sehen aber die EU als einen wichtigen Treiber erfolgreicher demokratischer Konsolidierung. Gleichzeitig hat sie die Wahrnehmung über die Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen und Mitbestimmungsrechte getrübt. Dadurch begünstigte sie eine Rückkehr nationalistischer und populistischer Parteien in beispielsweise Ungarn oder Polen (Malova und Dolny 2008).

Eine Diskursanalyse von Belvanger und Schimmelfennig (2021) kommt zu dem Schluss, dass der Erweiterungsdiskurs um zukünftige Erweiterungen im europäischen Parlament und in nationalen Parlamenten abgenommen hat. Allerdings wurde er im Verlauf der 2010er Jahre systematisch entlang der Parteigrenzen politisiert. Demnach sind in erster Linie Mitglieder kulturell konservativer Parteien kritisch gegenüber weiteren Erweiterungsdebatten eingestellt. Ein Unterschied in der vorherrschenden Religiosität zweier Länder verstärkt diesen Effekt (Belvanger und Schimmelfennig (2021).

## FAZIT

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren einen bedeutenden Meilenstein in der Geschichte Europas markierte. Wirtschaftlich betrachtet war die Erweiterung ein Erfolg, obwohl anfängliche Bedenken bezüglich der hohen ökonomischen Unterschiede zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten geäußert wurden. Die Sorgen umfassten negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Löhne und die Stabilität der EU. Die neuen Mitgliedsländer verzeichneten in den folgenden Jahren beeindruckende Wachstumsraten im BIP pro Kopf, was auf erfolgreiche Transitionen zu Marktwirtschaften und wohl auch auf die Integration in den gemeinsamen europäischen Markt zurückgeführt werden kann. Insbesondere Polen, Tschechien und Estland zeigten eine sehr positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Finanzkrise von 2008 beeinflusste zwar alle betrachteten Länder, jedoch konnten sie sich insgesamt gut erholen. Der Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zu einer marktorientierten Wirtschaft ist gelungen. Die Sorgen um eine Senkung des Lebensstandards in Deutschland und im restlichen Europa getrieben durch die EU-Osterweiterung bewahrheiteten sich nicht. Durch die europäische Integration profitierten sowohl die neuen Mitgliedstaaten durch einen schnelleren Aufholprozess als auch die EU-15-Staaten, von der Erschließung neuer Absatzmärkte und dem Zulauf von Fach- und Arbeitskräften. Die Angst vor einer übermäßigen Migration oder einer Überlastung des Sozialsystems blieb unbegründet. Eine Rolle dabei dürfte auch die 2+3+2-Regel gespielt haben, die den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer\*innen aus den neuen Mitgliedsländern erst schrittweise ermöglichte.

Die politischen Auswirkungen der Erweiterung waren allerdings zweischneidig. Einerseits wurde die EU als Förderer der Demokratie in den neuen Mitgliedstaaten gesehen, andererseits als Einschränkung der nationalen Souveränität. Diese Wahrnehmung könnte dazu beigetragen haben, dass nationa-

listische und populistische Parteien in einigen Ländern an Einfluss gewannen. Insgesamt kann das Fazit gezogen werden, dass die EU-Osterweiterung eine positive Entwicklung für die beteiligten Länder war, die zu wirtschaftlichem Aufschwung, Arbeitsmarktstabilität und politischer Integration führte. Dennoch sind die Herausforderungen und politischen Spannungen in einigen Mitgliedsländern ein Aspekt, der weiterhin aufmerksam beobachtet werden sollte.

## LITERATUR

Baas, T. und H. Brücker (2010), „Macroeconomic Impact of Eastern Enlargement on Germany and UK: Evidence from a CGE Model“, *Applied Economics Letters* 17 (2), S. 125-128.

Belanger, M.-E. und F. Schimmelfennig (2021), „Politicization and Rebordering in EU Enlargement: Membership Discourses in European Parliaments“, *Journal of European Public Policy*, 28 (3), S. 407-426.

Braakmann, N. und A. Vogel (2010), „The Impact of the 2004 EU Enlargement on the Performance of Service enterprises in Germany's Eastern Border Region“, *Review of World Economics* 146, S. 75-89.

Brühlhart, M. (2011), „The Spatial Effects of Trade Openness: A Survey“, *Review of World Economics* 86 (1), S.59-83.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2014), *Freizügigkeitsmonitoring: Jahresbericht 2014, Migration von EU-Bürgern nach Deutschland*, Download unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2014.html?nn=412056>.

Council of the European Union (Hrsg.) (2003), *Copenhagen European Council 12 and 13 December 2002, Presidency Conclusions*, 15917/02, Brussels.

Eur-Lex (Hrsg.) (2007): *The 2004 Enlargement: The Challenge of a 25-Member EU*, Download unter <https://eur-lex.europa.eu/EN/legal-content/summary/the-2004-enlargement-the-challenge-of-a-25-member-eu.html>.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2006), *Übergangsbestimmungen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im Beitrittsvertrag von 2003*, Download unter [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO\\_06\\_176](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_06_176).

Eurostat (Hrsg.) (2024a), *Hauptaggregate des BIP pro Kopf, Verkettete Volumen, Veränderung in Prozent zur Vorperiode*, Download unter [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/-nama\\_10\\_pc\\_\\_custom\\_9956731/default/table?lang=de](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/-nama_10_pc__custom_9956731/default/table?lang=de).

Eurostat (Hrsg.) (2024b), *Unemployment Rate by Sex, Age, Educational Attainment Level and NUTS 2 Regions (%)*, Download unter [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/-/product/page/lfst\\_r\\_lfu3rt\\_\\_custom\\_9256982](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/-/product/page/lfst_r_lfu3rt__custom_9256982).

EZB – Europäische Zentralbank (Hrsg.) (2004), *EU Enlargement: Challenges and Opportunities, Keynote Speech by Jean-Claude Trichet, President of the ECB Held at the Conference Europe's Frontiers: EU Enlargement – Its Implications and Consequences*, Download unter <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2004/html/sp041027.en.html>.

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (Hrsg.) (2004): *Europa feiert seine Erweiterung*, Download unter <https://www.faz.net/-gpf-ouvy>.

Friedrich, P. und J. Reiljan, J. (2015), „Estonian Economic Policy during Global Financial Crises“, *CESifo Forum*, 16 (4), S. 37-44.

Malova, D. und B. Dolny (2008), „The Eastern Enlargement of the European Union: Challenges to Democracy“, *Human Affairs*, 18, S. 67-80.

Ochsner, C. und P. Wassmann (2016), „Die ökonomischen Effekte der EU-Osterweiterung: Profitieren die Grenzregionen der alten Mitgliedsstaaten?“, *ifo Dresden berichtet* 23 (5), S. 24-31.

OECD (Hrsg.) (2024), „Average Annual Wages“, Download unter [https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/data/oecd-employment-and-labour-market-statistics/average-annual-wages\\_data-00571-en](https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/data/oecd-employment-and-labour-market-statistics/average-annual-wages_data-00571-en).

Ragnitz, J. (2004), „Beschleunigter Strukturwandel durch EU-Osterweiterung“, *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, RePEc Collection: Vol. 29 - 87, Iss. 3, S. 283-286.

Ragnitz, J. (2024), „Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern in Deutschland“, *ifo Dresden berichtet* 31 (2), S. 9-12.

Schiman, S. (2021), „Labor Supply Shocks and the Beveridge Curve – Empirical Evidence from the EU Enlargement“, *Review of Economic Dynamics*, 40, S. 108-127.

Sinn, H.-W., G. Flaig, M. Werding, S. Munz, N. Düll und H. Hofmann (2001), „EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration, Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte“, *ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung*, 2, ifo Institut, München.

Staehr, K. (2013), „Austerity in the Baltic States During the Global Financial Crisis“, *Intereconomics*, 48, S. 293-302.

Trettin, L. (2010), „Einfluss der EU-Osterweiterung auf den Wettbewerb auf Handwerksmärkten“, *Wirtschaftsdienst* 13, S. 35-42.

Wassmann, P. (2016), „The Economic Effects of the EU Eastern Enlargement on Border Regions in the Old Member States“, *Hannover Economic Papers*, No: 582, S. 1-46.

- 
- 1 Die Bezeichnung EU-8 umfasst die acht „kontinentalen“ Neumitglieder der EU, also ohne Malta und Zypern.

Joachim Ragnitz\*

## 20 Jahre EU-Osterweiterung: Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern in Deutschland

**Aktuell sind rund 820 000 Arbeitnehmer\*innen aus den EU-Beitrittsländern der ersten Runde (2004) in Deutschland tätig; das sind 2,4% aller Beschäftigten hierzulande. Anders als ursprünglich befürchtet wurde, hat dies jedoch nicht zu einer Verdrängung von deutschen Arbeitnehmer\*innen am Arbeitsmarkt geführt. Vielmehr sind Personen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern vor allem in Bereichen tätig, die aufgrund niedriger Löhne oder ungünstiger Arbeitsbedingungen für heimische Arbeitskräfte wenig attraktiv sind. Der Beitrag zur Deckung von Arbeitskräfteengpässen in anspruchsvollen Tätigkeiten ist hingegen recht gering.**

Zum 1. Mai 2004 wurden nach langen Verhandlungen und einer mehrjährigen Vorbereitungsphase acht mittel- und osteuropäische Länder (sowie Malta und Zypern) in die damals noch aus 15 Ländern bestehende Europäische Union (EU-15) aufgenommen. Eine vollständige Integration in den Europäischen Binnenmarkt war damit jedoch noch nicht verbunden, denn wegen des hohen Lohngefälles zwischen alten und neuen Mitgliedsländern sowie angespannter Arbeitsmärkte in den EU-15-Ländern wurden die ansonsten innerhalb der EU geltenden Freizügigkeitsregeln für Arbeitnehmer\*innen seitens fast aller EU-15-Staaten<sup>1</sup> zunächst ausgesetzt. Arbeitnehmer\*innen aus den acht osteuropäischen Beitrittsländern war es damit verwehrt, eine (unselbständige) Beschäftigung in den „alten“ EU-Mitgliedsländern aufzunehmen. Diese Freizügigkeitsbeschränkungen, die nach der „2+3+2-Regel“ für maximal sieben Jahre aufrechterhalten werden konnten, galten in Deutschland bis zum 30. April 2011. Erst seither ist eine Beschäftigung von Arbeitnehmer\*innen aus den osteuropäischen Beitrittsländern der ersten Runde uneingeschränkt möglich.<sup>2</sup>

Tatsächlich hat die Beschäftigung von Personen mit Staatsbürgerschaft eines der damaligen Beitrittsländer in Deutschland seitdem deutlich zugenommen: Waren im Juni 2010 lediglich 150 000 Personen mit Herkunft aus diesen Ländern hier sozialversicherungspflichtig beschäftigt, waren es im Juni 2023 mehr als 820 000. Ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt ist damit von 0,5% auf 2,4% gestiegen. Dies erscheint auf den ersten Blick wenig; in einigen Regionen des Bundesgebiets sind es aber weitaus mehr – so beispielsweise in den bayerischen Landkreisen Tirschenreuth (13,2%) und Cham (12,6%) oder auch in einigen Landkreisen in Brandenburg (Frankfurt/Oder mit 12,3% oder Teltow-Fläming mit 12,0%). Nimmt man alle „neuen“ EU-Länder zusammen (also auch Rumänien, Bulgarien und Kroatien), so stammen inzwischen sogar mehr als 1,7 Mill. Beschäftigte in Deutschland aus den neu hinzugekommenen EU-Ländern. Das sind 5% aller Beschäftigten und sogar knapp ein Drittel aller ausländischen Beschäftigten in Deutschland – deutlich mehr als aus den „klassischen“ Gastarbeiterherkunftsländern (Griechenland, Türkei, Spanien und Italien) mit 1,1 Mill. Beschäftigten.<sup>3</sup>

Im Folgenden werden einige deskriptive Daten zur Beschäftigung von Personen aus den Ländern präsentiert, die vor nunmehr 20 Jahren der EU beigetreten sind. Damit soll zum einen die Integration der Arbeitsmärkte zwischen Deutschland und den Beitrittsländern näher beleuchtet werden. Zum anderen ergeben sich daraus aber auch einige Erkenntnisse zum Beitrag von Zuwanderern aus jenen Ländern zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs hier, die zwar dem Fachpublikum bekannt sein dürften, aber von einer breiteren Öffentlichkeit so wahrscheinlich noch nicht zur Kenntnis genommen wurden.

Unter den aktuell 821 000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Staatsbürgerschaft eines der EU-Beitrittsländer von 2004 spielen Personen mit polnischer Staatsbürgerschaft eine herausgehobene Rolle.<sup>4</sup> Ihr Anteil beläuft sich auf rund 65% aller Beschäftigten aus den Beitrittsländern, während der Anteil Polens an der Gesamtzahl der Einwohner der Beitrittsländer nur bei gut 50% liegt. Alle anderen Länder sind hingegen nur schwach vertreten, zudem auch meist in geringerem Umfang, als es die Größe der einzelnen Länder (gemessen an der Einwohnerzahl) erwarten lässt. Die polnischen Arbeitnehmer\*innen verteilen sich dabei mehr oder minder gleichmäßig über ganz Deutschland, mit Schwerpunkten allerdings in den Landkreisen entlang der deutsch-polnischen Grenze (knapp 6% aller polnischen Beschäftigten in Deutschland) sowie in einigen durch landwirtschaftliche Produktion geprägten Regionen Nordwestdeutschlands. Bei Letzteren dürfte es sich deshalb häufig um Erntehelfer\*innen handeln, die nur saisonweise in Deutschland tätig sind. Anders ist es hingegen bei tschechischen Staatsangehörigen. Dies sind zwar nur rund 70 000 Personen (8,4% aller Beschäftigten aus den Beitrittsländern der ersten Runde); von diesen sind aber rund die Hälfte in grenznahen Landkreisen beschäftigt, vor allem in Bayern. Auch Personen aus Ungarn (14,2% aller Beschäftigten aus den Beitrittsländern) und der Slowakei (4,5%) sind etwas häufiger in Bayern tätig, allerdings ist die kleinräumige regionale Konzentration hier vergleichsweise schwach ausgeprägt (vgl. Tab. 1).

\* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Tab. 1**
**Beschäftigte aus EU-Beitrittsländern (2004) in Deutschland, Anteile an allen Beschäftigten aus diesen Ländern (in %, Juni 2023)**

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	nachr.: Einwohneranteil
Polen	64,8	61,8	75,1	50,8
Tschechien	8,4	7,7	10,7	15,0
Ungarn	14,2	16,7	5,6	13,3
Estland	0,4	0,4	0,3	1,9
Lettland	2,4	2,5	1,8	2,6
Litauen	3,7	4,2	2,2	4,0
Slowakei	4,5	4,8	3,5	7,5
Slowenien	1,4	1,7	0,6	2,9
Malta	0,0	0,0	0,0	0,7
Zypern	0,1	0,1	0,1	1,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Bezieht man auch die später der EU beigetretenen Länder (Bulgarien, Rumänien und Kroatien) ein, so weisen diese ebenfalls deutlich höhere Beschäftigungsanteile auf als es angesichts der Einwohnerzahl dieser Länder zu erwarten wäre. Rund die Hälfte aller Beschäftigten aus mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern in Deutschland stammen inzwischen aus diesen drei Ländern; sie sind damit in Summe genauso bedeutsam wie die Länder der ersten Beitrittsrunde. Die meisten davon sind in Westdeutschland tätig, mit räumlichen Schwerpunkten in Bayern und Baden-Württemberg sowie dem Oldenburger Land in Niedersachsen.

Ob ein/e Arbeitnehmer\*in eine Beschäftigung im Ausland annimmt, hängt von einer ganzen Reihe von individuellen und gesamtwirtschaftlichen Faktoren ab. Eine wichtige Rolle spielen die Arbeitsmarktsituation im Herkunftsland bzw. die Beschäftigungsperspektiven im Zielland, Lohnunterschiede zwischen den beteiligten Ländern sowie nicht zuletzt auch die Akzeptanz von Ausländer\*innen in der Zielregion. Weiterhin sind auch Charakteristika der Beschäftigten selbst bedeutsam, so insbesondere Alter und Qualifikationsniveau, da diese (neben anderen Faktoren) die individuellen Beschäftigungschancen im Zielland mitbeeinflussen. Schließlich spielt auch die Entfernung zum Heimatland eine Rolle: In grenznahen Regionen (in diesem Fall also: an der polnischen bzw. tschechischen Grenze) kann man prinzipiell an seinem angestammten Wohnort verbleiben und lediglich eine Beschäftigung jenseits der Grenze aufnehmen. Um in weiter entfernt liegenden Regionen eine Beschäftigung aufzunehmen, ist in aller Regel ein Umzug (oder zumindest die Begründung eines Zweitwohnsitzes) erforderlich. Dies erklärt die hohen Anteile von tschechischen und polnischen Beschäftigten in den grenznah gelegenen Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Bayern und die eher geringeren Anteile in den weit entfernt liegenden Regionen Deutschlands.

In den meisten Fällen dürfte das im Vergleich zu Deutschland niedrige Lohn- und Einkommensniveau in den Beitrittsländern die entscheidende Rolle für eine Wanderung (bzw. eine Beschäftigungsaufnahme) in Deutschland spielen: So liegt das

durchschnittliche Lohnniveau beispielsweise in Ungarn nur bei rund 55% des Mediangehalts, das ungarische Beschäftigte in Deutschland erhalten; im Falle Polens und Tschechiens sind es 62% bzw. 65%. Die Einkommensverbesserung im Falle einer Beschäftigung in Deutschland dürfte deswegen so hoch ausfallen, dass dies die Mehrkosten beispielsweise für Unterkunft oder gelegentliche Familienheimfahrten decken kann. Beschäftigte aus den baltischen Ländern können hingegen im Regelfall schon in ihren Heimatländern ein so hohes Einkommen erzielen, dass sich eine Beschäftigungsaufnahme in Deutschland nur in den seltensten Fällen lohnen dürfte.

Differenziert man nach Branchen, so ist erkennbar, dass überproportional viele Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 in Verkehrs- und Logistikbetrieben (14%), in der Zeitarbeit (11%) sowie im Baugewerbe (11%) tätig sind (vgl. Tab. 2). Auch in der Landwirtschaft sind (verglichen mit der Bedeutung des Sektors) verhältnismäßig viele Personen aus diesen Ländern beschäftigt (3%). Unterproportional ist ihr Beschäftigtenanteil hingegen in den anspruchsvolleren Dienstleistungsberufen, im Handel sowie im Gastgewerbe. Es sind also primär körperlich anstrengende Tätigkeiten, die von Personen aus den EU-Beitrittsländern ausgeübt werden – und häufig solche, die nur ein geringes Qualifikationsniveau erfordern. Gleichzeitig wird deutlich, dass auf Personen aus den Beitrittsländern hier ein teilweise erheblicher Anteil am gesamten geleisteten Arbeitseinsatz entfällt. In der Land- und Forstwirtschaft beläuft sich dieser auf annähernd 10% aller Beschäftigten der Branche, im Baugewerbe sind es immerhin beinahe 5%. In den Dienstleistungsbereichen weisen hingegen nur wenige Beschäftigte eine Staatsangehörigkeit der zehn Beitrittsländer auf.

Rund 42% aller Beschäftigten aus den EU-Beitrittsländern der ersten Welle 2004 sind nur auf dem Tätigkeitsniveau „Helfer“ tätig.<sup>5</sup> Immerhin 48% sind aber auch als Fachkraft beschäftigt; auf dem Tätigkeitsniveau „Spezialist“ bzw. „Experte“ sind es hingegen nur jeweils 5% (vgl. Tab. 3). Ganz anders sieht es hingegen bei den Beschäftigten insgesamt aus, von denen nur rund 16% eine Beschäftigung als Helfer aufweisen (jeweils

Tab. 2

**Verteilung der Beschäftigung auf Wirtschaftsbereiche sowie Anteile der Beschäftigten aus Beitrittsländern (2004) an allen Beschäftigten der Wirtschaftsbereiche** (in %, Juni 2023)

	Anteile der Wirtschaftsbereiche		Anteil der Beschäftigten aus Beitrittsländern
	EU-Beitrittsländer	Insgesamt	an allen Beschäftigten der Branche
Land- und Forstwirtschaft	2,9	0,7	9,3
Verarbeitendes Gewerbe	18,0	19,6	2,2
Baugewerbe	10,7	5,8	4,4
Handel	9,3	13,2	1,7
Verkehr und Lagerei	14,2	5,6	6,0
Gastgewerbe	5,3	3,2	4,0
Unternehmensnahe DL (ohne Arbeitnehmerüberlassung)	19,5	13,2	1,6
Arbeitnehmerüberlassung	11,1	2,0	13,2
Öffentliche Verwaltung	0,9	5,9	0,4
Erziehung und Unterricht	1,5	4,1	0,9
Gesundheitswesen, Heime, Sozialwesen	8,7	15,2	1,3
Sonstige Dienstleister	3,2	3,5	2,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

14% sind als Spezialist bzw. Experte tätig). Offenkundig übernehmen Beschäftigte aus den Beitrittsländern also in hohem Maße solche Tätigkeiten in Deutschland, für die sich keine sonstigen Beschäftigten (mehr) finden. Dies gilt aber nicht für alle Herkunftsländer: Beschäftigte aus den drei baltischen Ländern und aus Slowenien (sowie in geringem Umfang aus Malta und Zypern) sind vergleichsweise häufig auf dem Anforderungsniveau Spezialist bzw. Experte tätig.

Branchenstruktur und Tätigkeitsfelder sind auch verantwortlich dafür, dass Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern in aller Regel nur ein geringes Einkommen erzielen. Das Medianentgelt liegt über alle Nationalitäten und Beschäftigungsgruppen hinweg nur bei 2580 Euro im Monat, während es im Durchschnitt aller Beschäftigten 3650 Euro im Monat beträgt. Vergleicht man die Medianentgelte in der jeweils gleichen Tätigkeitsgruppe miteinander, so weisen Beschäftigte aus den

EU-Beitrittsländern zwar etwas niedrigere Löhne auf, aber der Unterschied ist verhältnismäßig gering. Und bei hochqualifizierten Beschäftigten – Tätigkeitsniveau „Experte“ – wird osteuropäischen Beschäftigten zum Teil sogar ein höherer Lohn gezahlt als im Durchschnitt aller Beschäftigten in Deutschland.

Fasst man die wesentlichen Befunde zusammen, so lässt sich feststellen, dass es – anders als es ursprünglich befürchtet wurde – im Aggregat nicht zu einer Verdrängung von Beschäftigung gekommen ist. Die Zahl der Beschäftigten ohne die EU-Beitrittsländer (aus allen Wellen) ist kontinuierlich gestiegen. Gleiches gilt für die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Auch wenn dies zum Teil mit der dynamischen Arbeitsmarktentwicklung insgesamt zu tun hat, scheinen Arbeitnehmer\*innen aus den Beitrittsländern eher komplementär als substitutiv zu heimischen Beschäftigten zu sein.

Dies hat auch damit zu tun, dass Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern vielfach in Bereichen tätig sind, die aufgrund hoher Anforderungen an körperliche Leistungsfähigkeit, ungünstiger Arbeitsbedingungen oder niedriger Bezahlung für heimische Arbeitnehmer\*innen nicht mehr attraktiv sind. Insbesondere auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder auch in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes (z. B. Fleischindustrie) haben sie insoweit dazu beigetragen, Arbeitskräftelücken zu schließen, zumindest aber Kostensteigerungen für die betreffenden Betriebe zu vermeiden. Sie tragen damit auch zu einer Stärkung der (preislichen) Wettbewerbsfähigkeit von Produktion in Deutschland bei.

Mit Blick auf die Schließung von Arbeitskräftelücken bei Jobs mit einem höheren Anforderungsniveau (insbesondere

Tab. 3

**Tätigkeitsfelder nach Anforderungsniveau, Anteile an allen Beschäftigten der jeweiligen Gruppe in %**

	Beitrittsländer	insgesamt
Helfer	41,6	16,3
Fachkraft	47,9	54,5
Spezialist	5,3	14,3
Experte	5,2	14,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

auf dem Niveau „Spezialist“ oder „Experte“) ist der Beitrag von Zuwander\*innen aus den Beitrittsländern allerdings eher gering. Dies dürfte damit zu tun haben, dass höher qualifizierte Arbeitnehmer\*innen auch in ihren Heimatländern gute Arbeitsmarktchancen haben (und im Zweifel dort auch überdurchschnittlich bezahlt werden), aber auch damit, dass viele der Zuwander\*innen die entsprechenden Qualifikationen erst gar nicht aufweisen. Für die Deckung des künftig noch steigenden Fachkräftebedarfs dürften Arbeitnehmer\*innen aus den (osteuropäischen) Beitrittsländern daher auch in den kommenden Jahren nur einen geringen Beitrag leisten können.

- 
- 1 Ausnahmen waren Großbritannien, Irland und Schweden.
  - 2 Für die Länder Rumänien und Bulgarien, die zum 1. Januar 2007 der EU beitraten, galten diese Beschränkungen analog bis zum 31. Dezember 2013. Für Kroatien (EU-Beitritt am 1. Juli 2013) wurde die Freizügigkeit lediglich für zwei Jahre (bis zum 30. Juni 2015) eingeschränkt.
  - 3 Ein Teil der früheren „Gastarbeiter\*innen“ dürfte allerdings inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben und deswegen in diesen Zahlen nicht mehr enthalten sein.
  - 4 Polnische Beschäftigte stellen mit 532 000 Personen nach Beschäftigten mit türkischer Staatsangehörigkeit (567 000 Personen) inzwischen die zweitgrößte Gruppe ausländischer Beschäftigter in Deutschland dar; an dritter Stelle folgt Rumänien mit 520 000 Beschäftigten.
  - 5 In noch stärkerem Maße gilt dies für Beschäftigte aus Rumänien und Bulgarien (jeweils 54%), die ab 2007 zur EU gehören.

Albert Landsberger\*

# 20 Jahre EU-Osterweiterung: Vertrauen in die EU und Glaube an Demokratie sind nicht zurückgegangen

**Vor 20 Jahren traten im Rahmen der fünften Erweiterungsrunde zehn Länder der EU bei. Von diesen zehn liegen acht in Osteuropa, weswegen oft von der EU-Osterweiterung gesprochen wird. Mit Polen und Ungarn waren darunter auch Länder, die zuletzt ein angespanntes Verhältnis zur EU hatten. Die gegen die beiden Länder eingeleiteten Rechtsstaatsverfahren sind Ausdruck dieser Spannungen. Das Vertrauen der Bürger\*innen der Beitrittsländer in die EU ist jedoch noch immer hoch. Auch das Ansehen der Demokratie ist nach wie vor hoch und der Wunsch nach „starken“ Anführer\*innen gering.**

Vor 20 Jahren, am 1. Mai 2004, traten mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn acht osteuropäische Länder der Europäischen Union (EU) bei. Nicht einmal 15 Jahre nach Fall des Eisernen Vorhangs, der damit einhergegangenen Demokratisierung und der Einführung eines marktorientierten Wirtschaftssystems war dies ein großer Schritt für die Länder. Zusammen mit Malta und Zypern<sup>1</sup> traten an diesem Tag insgesamt zehn Länder der EU bei. Die Mitgliederzahl stieg von 15 auf 25 Länder. Diese fünfte Erweiterungsrunde ist bis heute die größte in der Geschichte der EU.

Die bevorstehende Erweiterung wurde im Vorfeld vielfach als existenzielle Herausforderung für die EU angesehen (Varwick 2002). Die 2003 in den Kandidatenländern abgehaltenen Volksabstimmungen hatten ohne Ausnahme positive Ergebnisse bezüglich des Beitritts erbracht. Die Euphorie war groß und die Aufnahme in die EU wurde in den Ländern ausgelassen gefeiert (Spiegel 2004). Doch eine Reihe von Krisen – angefangen mit der Finanzkrise 2008, die nahtlos in die Staatsschuldenkrise überging, gefolgt von der Flüchtlingskrise 2015 bis hin zur Coronakrise 2020 und dem Beginn des Krieges in der Ukraine in 2022 – haben das Verhältnis der neuen Mitgliedstaaten zu der EU verändert. Die Euphorie scheint verfliegen zu sein und einige der EU-kritischsten Stimmen stammen aus den Ländern der Osterweiterung.

Auch das Verhältnis zur Demokratie scheint sich seit 2004 in den Beitrittsländern gewandelt zu haben. Autoritäre Parteien sind erstarbt. Dies gilt besonders für Polen und Ungarn. Gegen Polen wurde 2017 als erstes Land in der Geschichte der EU ein Verfahren nach Artikel 7 zum Schutz der Grundwerte der EU eingeleitet. Auslöser waren Reformen des Justizsystems, die dessen Unabhängigkeit gefährdeten. 2018 folgte die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen Ungarn aufgrund der anhaltenden Angriffe der ungarischen Regierung auf die Presse- und Meinungsfreiheit sowie auf die Unabhängigkeit der Justiz.

Doch wie haben sich die Einstellungen der Bevölkerung zur EU und zur Demokratie tatsächlich verändert? Ist die Euphorie aus 2004 in den Beitrittsländern Resignation oder gar Ablehnung gewichen? Sind Unterschiede zwischen den 15 „alten“ Mitgliedern und den Ländern der Osterweiterung zu erkennen?

## VERTRAUEN IN DIE EU

Diese Fragen können mit Hilfe des „World Value Survey“ (WVS) (Inglehart et al. 2022) bzw. des „European Value Survey“ (EVS) (EVS 2020) beantwortet werden. Diese repräsentativen Umfragen werden für eine Vielzahl an Ländern erhoben.<sup>2</sup> Den teilnehmenden Personen werden dabei Fragen zu unterschiedlichsten Themenbereichen gestellt, darunter auch Fragen bezüglich ihres Vertrauens in politische und staatliche Institutionen. Auch das Vertrauen in die EU wird abgefragt. Abbildung 1 zeigt das durchschnittliche Vertrauen in die EU in den acht Ländern der Osterweiterung zu drei Zeitpunkten: vor dem Beitritt in die EU (1999), nach dem Beitritt (2008) und aktuell (2017-2022).<sup>3</sup> Als Vergleich sind zusätzlich die durchschnittlichen Werte der „alten“ 15 Mitglieder zu den jeweiligen Zeitpunkten dargestellt. Ein Wert von drei entspricht dabei größtmöglichem Vertrauen in die EU und ein Wert von null überhaupt keinem Vertrauen in die EU.<sup>4</sup>

In fünf der acht Osterweiterungsländer ist das Vertrauen in die EU aktuell höher als noch vor ihrem Beitritt. Lediglich in der Slowakei, Slowenien und Ungarn ist das Vertrauen aktuell geringer als vor dem Beitritt. In diesen Ländern scheint eine gewisse Ernüchterung eingetreten zu sein.

Ungarn ist das einzige Land, in dem das Vertrauen über die Zeit stetig sinkt. Möglicherweise hat die EU-kritische Rhetorik und Politik des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban dazu beigetragen. Dagegen spricht allerdings, dass er in den Jahren 2002 und 2010 nicht Ministerpräsident war und das Vertrauen in die EU dennoch gesunken ist. Es ist also auch möglich, dass Orban lediglich eine Stimmung im Land aufgefangen hat, anstatt sie selbst zu erzeugen. Auch in Polen liegt das Vertrauen in die EU am aktuellen Rand niedriger als kurz nach dem Eintritt in die EU. Zum Zeitpunkt der letzten Umfrage bildete die EU-kritische PIS die Regierung. Anders als in Ungarn liegt in Polen das Vertrauen in die EU aktuell jedoch höher als vor dem Beitritt. In der Gruppe der alten Mitgliedsländer ist das

\* Albert Landsberger ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Vertrauen in die EU gegenwärtig allerdings sogar geringer als in den meisten Ländern der Osterweiterung. Vor allem Griechenland und Großbritannien ziehen den Durchschnitt der EU-15-Länder am aktuellen Rand nach unten.

Abbildung 2 zeigt das Vertrauen in die nationalen Regierungen. Vergleicht man die Abbildungen 1 und 2 wird deutlich, dass das Vertrauen in die EU in den Ländern der Osterweiterung seit ihrem Beitritt höher ist als das in die eigene Regierung. Der Beitritt in die EU hat das Vertrauen in sie im Vergleich zum Vertrauen in die nationalen Regierungen gestärkt. Von einer Vertrauenskrise in die EU kann daher nicht die Rede sein. Es ist bemerkenswert, dass nationale Regierungen, die im Vergleich ein geringes Vertrauen genießen, es schaffen, die EU als Feindbild zu stilisieren. Das Vertrauen in die nationalen Regierungen ist in alten Mitgliedsländern bedeutend höher. Das ähnliche Vertrauen in die EU der neuen und alten Mitgliedsländer fußt also nicht in einem geteilten Vertrauen in politische Institutionen generell. Ein einfaches Übertragen des Vertrauens von einer (nationalen) politischen Institution auf eine andere Ebene scheint nicht stattzufinden.

### VERTRAUEN IN DIE DEMOKRATIE

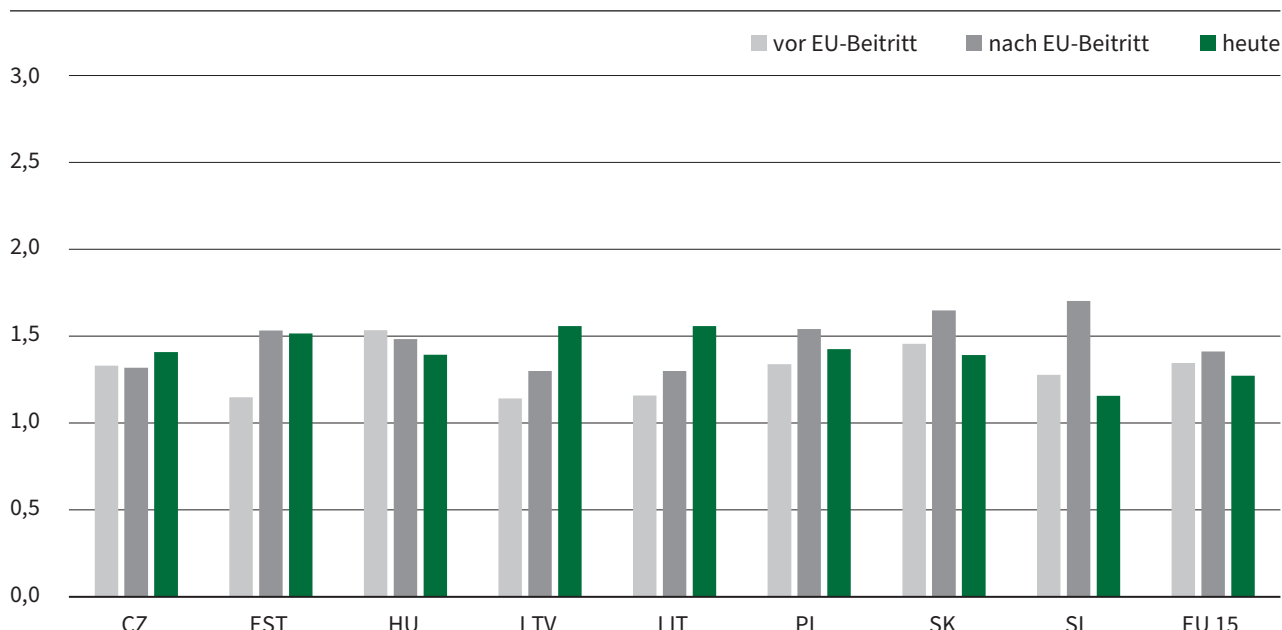
Das Vertrauen in die EU scheint unter all den Krisen nicht gelitten zu haben. Doch wie sieht es mit der Haltung zur Demokratie aus? Abbildung 3 zeigt das durchschnittliche Vertrauen in die Demokratie als politisches System generell in den verschiedenen Ländern. Mit der Ausnahme von Lettland zum Zeitpunkt nach dem EU-Beitritt weisen alle Länder zu jedem Zeitpunkt ein hohes Vertrauen (über zwei) in die Demokratie auf. Aktuell ist das Vertrauen in die Demokratie in allen Ländern so-

gar auf einem Höchststand. Auch im Vergleich zum Vertrauen in die nationalen Regierungen schneidet das Vertrauen in die Demokratie bedeutend besser ab. Auch von einer Krise der Demokratie kann zumindest bezüglich ihres Ansehens in der Bevölkerung nicht die Rede sein.

Das gilt auch für Polen und Ungarn. Die von der EU als Angriffe auf demokratische Grundwerte bezeichneten Reformen haben dem Ansehen der Demokratie in den beiden Ländern nicht geschadet. Anders als bei der Frage nach dem Vertrauen in die EU wird bei der Frage nach dem Vertrauen in die Demokratie jedoch nach dem Vertrauen in ein abstraktes Konzept gefragt. Die EU ist klar definiert durch ihre Institutionen, Gesetze, den gemeinsamen Wirtschaftsraum und noch einiges mehr. Was die Befragten jedoch genau unter Demokratie verstehen, ist nicht klar. 2014 hielt Viktor Orban eine Rede, in der er von einer illiberalen Demokratie sprach. Er präsentierte die illiberale Demokratie als eine osteuropäische Antwort auf die liberale Demokratie wie sie von der EU vertreten wird. Sie basiert zwar auf Wahlen, jedoch stehen die liberalen Grundwerte nicht mehr im Zentrum des Handelns des Staates. Die Nation/ das Volk als Einheit steht im Fokus (The Budapest Beacon 2014). Ob die Befragten einer solchen Interpretation der Demokratie oder der klassischen liberalen Demokratie zustimmen, geht aus der Umfrage nicht hervor.

Illiberale politische Systeme, wie das von Orban beschriebene, sind oft durch „starke“ Anführer\*innen gekennzeichnet, die einen Großteil der politischen Macht in sich vereinen. Wenn Personen also diese Art von Demokratie als ideal erachten, könnte es sein, dass sie auch einen „starken“ Anführer als wünschenswert erachten. Abbildung 4 zeigt, ob Bürger\*innen einen „starken“ Anführer für ihr Land im Mittel als wünschens-

**Abb. 1**  
Durchschnittliches Vertrauen in die EU



Die Grafik zeigt die durchschnittliche Antwort der Befragten auf folgende Frage im Hinblick auf die EU: „Schauen Sie bitte auf die Liste und sagen Sie mir, ob Sie sehr viel (3), ziemlich viel (2), wenig (1) oder überhaupt kein Vertrauen (0) in die jeweils genannten Institutionen haben.“

Genaue Zeitpunkte der Befragung: Tschechien (1999, 2008, 2022), Estland (1999, 2008, 2018), Ungarn (1999, 2008, 2018), Lettland (1999, 2008, 2021), Litauen (1999, 2008, 2018), Polen (1999, 2008, 2017), Slowakei (1999, 2008, 2022), Slowenien (1999, 2008, 2017), EU 15 (1999, 2008, 2018).

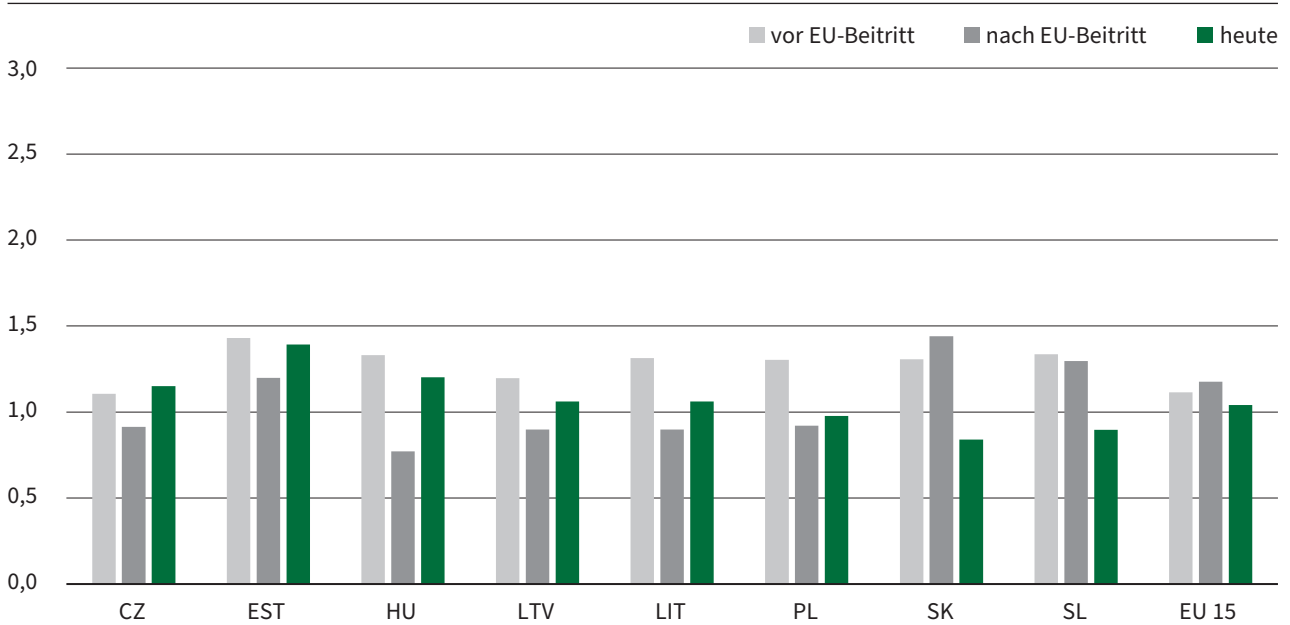
Quelle: World Value Survey / European Value Survey.

© ifo Institut



**Abb. 2**

**Durchschnittliches Vertrauen in die nationale Regierung**



Die Grafik zeigt die durchschnittliche Antwort der Befragten auf folgende Frage im Hinblick auf die nationale Regierung: „Schauen Sie bitte auf die Liste und sagen Sie mir, ob Sie sehr viel (3), ziemlich viel (2), wenig (1) oder überhaupt kein Vertrauen (0) in die jeweils genannten Institutionen haben.“

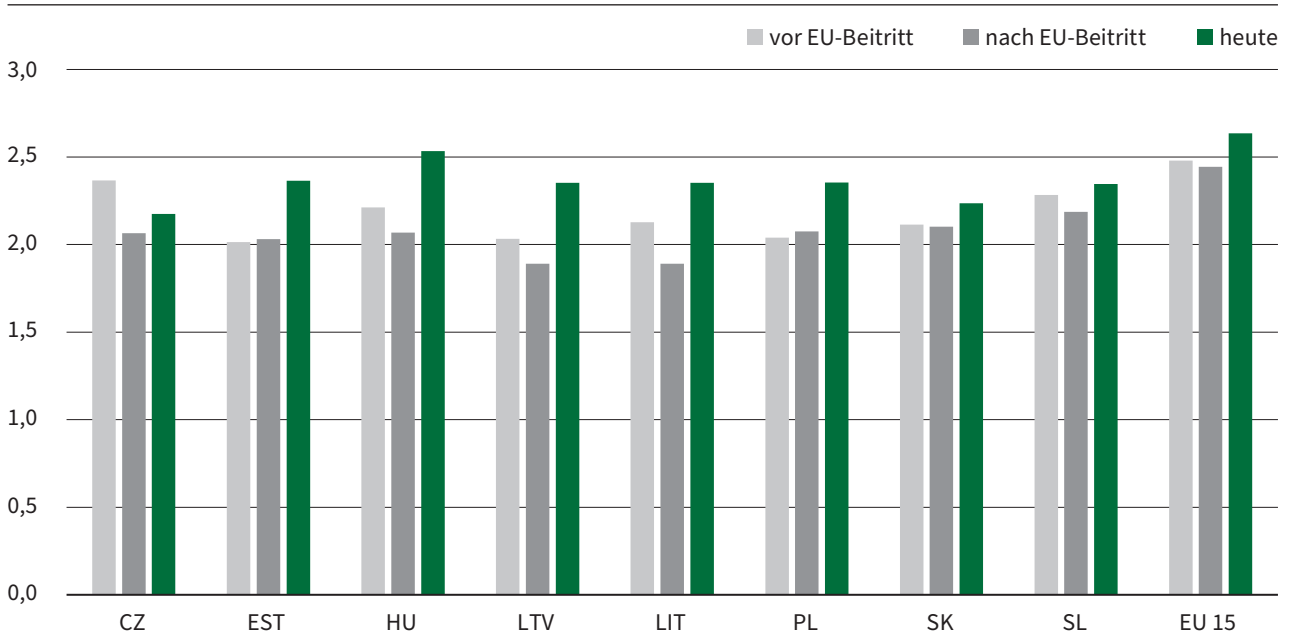
Genauere Zeitpunkte der Befragung: Tschechien (1996, 2008, 2022), Estland (1996, 2008, 2018), Ungarn (1998, 2008, 2018), Lettland (1996, 2008, 2021), Litauen (1997, 2008, 2018), Polen (1997, 2008, 2017), Slowakei (1998, 2008, 2022), Slowenien (1995, 2008, 2017), EU 15 (1997, 2008, 2018).

Quelle: World Value Survey / European Value Survey.

© ifo Institut

**Abb. 3**

**Durchschnittliche Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform**



Die Grafik zeigt die durchschnittliche Antwort der Befragten auf folgende Frage im Hinblick auf die Demokratie: „Ich werde Ihnen nun verschiedene Typen von politischen Systemen beschreiben und fragen, was Sie von jedem einzelnen als Regierungsform für unser Land halten. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie eine solche Regierungsform für unser Land sehr gut (3), ziemlich gut (2), ziemlich schlecht (1) oder sehr schlecht finden (0).“

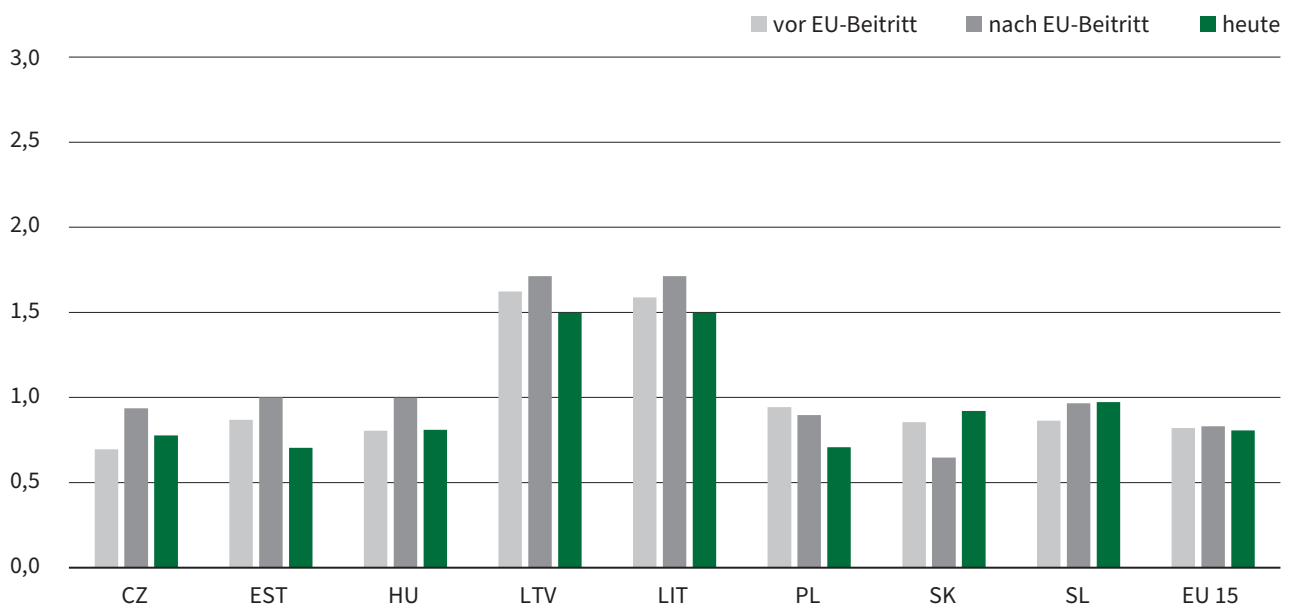
Genauere Zeitpunkte der Befragung: Tschechien (1999, 2008, 2022), Estland (1999, 2008, 2018), Ungarn (1999, 2008, 2018), Lettland (1999, 2008, 2021), Litauen (1999, 2008, 2018), Polen (1999, 2008, 2017), Slowakei (1999, 2008, 2022), Slowenien (1999, 2008, 2017), EU 15 (1999, 2008, 2018).

Quelle: World Value Survey / European Value Survey.

© ifo Institut

**Abb. 4**

**Durchschnittliche Zustimmung zu einem „starken“ Anführer für das Land**



Die Grafik zeigt die durchschnittliche Antwort der Befragten auf folgende Frage im Hinblick auf einen „starken“ Anführer: „Ich werde Ihnen nun verschiedene Typen von politischen Systemen beschreiben und fragen, was Sie von jedem einzelnen als Regierungsform für unser Land halten. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie eine solche Regierungsform für unser Land sehr gut (3), ziemlich gut (2), ziemlich schlecht (1) oder sehr schlecht finden (0).“

Genauen Zeitpunkte der Befragung: Tschechien (1999, 2008, 2022), Estland (1999, 2008, 2018), Ungarn (1999, 2008, 2018), Lettland (1999, 2008, 2021), Litauen (1999, 2008, 2018), Polen (1999, 2008, 2017), Slowakei (1999, 2008, 2022), Slowenien (1999, 2008, 2017), EU 15 (1999, 2008, 2018).

Quelle: World Value Survey / European Value Survey.

© ifo Institut

wert ansehen. Das Bedürfnis nach einem solchen Anführer ist in allen Ländern gering. Auch eine klare Tendenz – Zu- oder Abnahme über die Zeit und über alle Länder hinweg – ist nicht erkennbar. Ungarn und Polen sind hier keine Ausreißer. Auch wenn nicht klar ist, was die Menschen genau unter Demokratie verstehen, wird hier deutlich, dass ein autoritäres System für die Bürger\*innen keine Alternative darstellt.

**FAZIT**

Die Aufnahme acht osteuropäischer Länder vor 20 Jahren war ein großer Schritt sowohl für die EU als auch die Beitrittsländer. Seitdem ist die EU durch eine Reihe von Krisen gegangen und ihr Bild hat sich gewandelt. Die anfängliche Euphorie in den Beitrittsländern scheint seitdem einer gewissen EU-Skepsis gewichen zu sein. Das Erstarken EU-kritischer und zum Teil demokratiefeindlicher Parteien dient oft als Beweis dafür.

Die Auswertung von Daten aus dem World und European Value Survey zeigt jedoch, dass sowohl das Vertrauen in die EU als auch in die Demokratie, verglichen mit dem Vertrauen in die nationalen Regierungen, hoch sind. Auch der Wunsch nach einem „starken“ Anführer ist gering. Von einer Vertrauenskrise in die EU oder der Demokratie kann also keine Rede sein.

**QUELLEN**

Der Spiegel (Hrsg.) (2004), „Willkommen in Europa, willkommen daheim!“, Download unter <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-erweiterung-willkommen-in-europa-willkommen-daheim-a-297950.html>, heruntergeladen am 20. März 2024.

EVS – European value Survey (Hrsg.) (2020), European Values Study Longitudinal Data File 1981-2008 (EVS 1981-2008). GESIS Data Archive, Cologne. ZA4804 Data file Version 3.1.0, Download unter <https://doi.org/10.4232/1.13486>.

Glenn, N. D. und M. Grimes (1968), „Aging, Voting, and Political Interest“, *American Sociological Review*, 33 (04), S. 563-575.

Inglehart, R., C. Haerpfer, A. Moreno, C. Welzel, K. Kizilova, J. Diez-Medrano, M. Lagos, P. Norris, E. Ponarin und B. Puranen (Hrsg.). (2022), *World Values Survey: All Rounds - Country-Pooled Datafile*, Madrid, Spain & Vienna, Austria, JD Systems Institute & WVSA Secretariat. Dataset Version 3.0.0, doi:10.14281/18241.17.

Muñoz, J., M. Torcal und E. Bonet (2011), „Institutional Trust and Multilevel Government in the European Union: Congruence or Compensation?“, *European Union Politics*, 12 (04), S. 551-574.

OECD (Hrsg.) (2022), *Building Trust to Reinforce Democracy: Main Findings from the 2021 OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions, Building Trust in Public Institutions*, OECD Publishing, Paris, Download unter <https://doi.org/10.1787/b407f99c-en>.

The Budapest Beacon (Hrsg.) (2014), *Full Text of Viktor Orban's Speech at Baile Tusnad of 26th July 2014*, Download unter <https://budapestbeacon.com/full-text-of-viktor-orbans-speech-at-baile-tusnad-tusnadfurdo-of-26-july-2014/>, heruntergeladen am 1. März 2024.

Varwick, J. (2002), „EU-Erweiterung: Stabilitätsexport oder Instabilitätsimport“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1/2 (2002), S. 23-30.

von Ondarza, N. (2021), *Gegen den Strich: Europäische Union*. Internationale Politik, Download unter <https://internationalepolitik.de/de/gegen-den-strich-europaeische-union>, heruntergeladen am 11. März 2024.

- 
- 1 Dieser Artikel fokussiert auf die Osterweiterung der EU. Zypern und Malta werden deshalb nicht eingehender betrachtet.
  - 2 Sowohl das WVS als auch das EVS erscheinen in sogenannten „Wellen“. Vom WVS wurden von 1981 bis 2022 sieben Wellen und vom EVS von 1981 bis 2017 fünf Wellen veröffentlicht. Für diesen Artikel wurden die beiden Datensätze kombiniert.
  - 3 Die unterschiedlichen Zeitpunkte kommen durch die Erhebung der Umfragen zustande. Die Umfragen werden nicht in jedem Land im selben Jahr erhoben.
  - 4 Um die Daten sinnvoll in einem Balkendiagramm darstellen zu können, wurden die Antworten invertiert, sodass ein höherer Wert einem höheren Vertrauen in die EU entspricht. In den Originaldaten entspricht eine 1 sehr hohem Vertrauen und eine 4 gar keinem Vertrauen.

Grega Ferenc, Remo Nitschke und Michael Weber\*

# Grundsätzlich verschieden, aber punktuell konvergent: Die Betriebsdynamik in Ost- und Westdeutschland seit dem Jahr 2001

Wir untersuchen, ob sich die Betriebsdynamik zwischen Ost- und Westdeutschland signifikant unterscheidet und wie sich diese Unterschiede über die Zeit verändert haben. Anhand des IAB-Betriebs-Historik-Panels analysieren wir für die einzelnen Betriebsgrößenklassen jeweils Gründungen, Schließungen und den Übergang in eine andere Betriebsgrößenklasse für die Zeiträume 2001 bis 2011 sowie 2011 bis 2021. Deskriptive Analysen und Regressionsanalysen legen nahe, dass die Gründungs- und Schließungsdynamik in Ostdeutschland signifikant stärker und der Anteil wachsender Betriebe signifikant kleiner ist als in Westdeutschland. Dabei haben die Ost-West-Unterschiede insbesondere bei den Gründungs- und Schließungsraten der Kleinst- und kleinen Betriebe über die Zeit abgenommen.

## EINLEITUNG

Die Betriebe in Ost- und Westdeutschland verteilen sich prinzipiell in gleicher Weise auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen: Im Jahr 2023 waren jeweils 76% der Betriebe Kleinstbetriebe mit 1 bis 9 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB), rund 18% waren kleine Betriebe mit 10 bis 49 SVB, 4% zählten zu den mittleren Betrieben mit 50 bis 249 SVB und jeweils knapp 1% der Betriebe waren Großbetriebe mit 250 oder mehr SVB (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2024). Für die Beschäftigten gilt das allerdings nicht. Beispielsweise arbeiten in Ostdeutschland (mit Berlin) nur 30%, in Westdeutschland aber 35% aller SVB in Großbetrieben. Dies zeigt, dass in Ostdeutschland die „wirklich großen“ Großbetriebe nach wie vor schwach vertreten sind. Da mit zunehmender Betriebsgröße üblicherweise auch die Produktivität steigt (Müller und Neuschäffer 2019), ergibt sich insoweit weiterhin Aufholbedarf in Ostdeutschland.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit sich die betriebliche Dynamik als Einflussgröße auf die Betriebsgrößenstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheidet. Im Auftrag des Sächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) untersuchte das ifo Institut dazu jüngst das innerbetriebliche Wachstum über Betriebsgrößenklassen hinweg. Demnach befand sich ein Großteil der Betriebe selbst nach zehn Jahren noch in derselben Größenklasse. Insgesamt waren die Anteile der Betriebe, die Ihre Größenklasse wechselten, in Sachsen, Ostdeutschland und Westdeutschland relativ ähnlich, wobei die Dynamik in Sachsen und Ostdeutschland insgesamt geringfügig schwächer ausgeprägt war als in Westdeutschland (vgl. SMWA 2024).<sup>1</sup>

Der vorliegende Beitrag baut auf dieser Analyse auf und erweitert sie: Anhand von einzelbetrieblichen Mikrodaten des IAB-Betriebs-Historik-Panels betrachten wir Gründungen, Schließungen und das Wachstum über Betriebsgrößenklassen hinweg in Ost- und Westdeutschland. Wir betrachten aktuelle Unterschiede in den Betriebsdynamiken, aber auch deren Konvergenz im Zeitverlauf. Da die betriebliche Dynamik die Be-

triebsgrößenstruktur typischerweise nur allmählich beeinflusst, untersuchen wir die Ost-West-Unterschiede nicht auf jährlicher Ebene, sondern für zwei Zehn-Jahres-Zeiträume: von 2001 bis 2011 sowie von 2011 bis 2021. Aus der Veränderung der Ost-West-Unterschiede zwischen beiden Zeiträumen sowie statistischen Tests leiten wir Schlussfolgerungen zur Konvergenz der Betriebsdynamik zwischen Ost- und Westdeutschland ab. Abschließend analysieren wir, ob sich Ost-West-Unterschiede und –Konvergenz bei Gründungen, Schließungen und innerbetrieblichem Wachstum auch in der Beschäftigungsdynamik seit 2001 ausgewirkt haben.

## Box: Daten und Methodik

Wir verwenden das IAB-Betriebs-Historik-Panel 1975–2021 (BHP 7521 v1, vgl. Ganzer et al. 2022).<sup>2</sup> Das BHP ist eine 50%-Zufallsstichprobe aller Betriebe, die zum 30. Juni eines Jahres mindestens einen sozialversicherungspflichtigen bzw. seit 1999 wenigstens einen geringfügig Beschäftigten aufweisen. Für die Zuordnung der einzelnen Betriebe zu den Betriebsgrößenklassen berücksichtigen wir – analog zur amtlichen Statistik – jedoch nur die SVB einschließlich der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit. Zudem beschränken wir unsere Analyse auf Wirtschaftszweige, in denen die Betriebsdynamik im Wesentlichen marktwirtschaftlich begründet sein dürfte: das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Dienstleistungsbereiche G bis N, R, S und T der Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008.

Die Betriebe werden im BHP anhand einer Betriebsnummer identifiziert, die sich grundsätzlich über die Zeit nicht ändert. Ausnahmen können sich (müssen aber nicht) bei bestimmten Ereignissen ergeben, etwa einem Wechsel

\* Grega Ferenc und Remo Nitschke sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., Michael Weber ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Berufsakademie Sachsen.

des Eigentümers, der Rechtsform oder der Wirtschaftsklasse des Betriebs (vgl. Ganzer et al. 2022, S. 13). Da alte und neue Betriebsnummern im BHP nicht miteinander verknüpft sind, können wir die betriebliche Dynamik des ursprünglichen Betriebs nach einem Betriebsnummernwechsel nicht weiterverfolgen; die Beobachtungen sind rechtszensiert. Spiegelbildlich beobachten wir infolge von Betriebsnummernwechseln Eintritte von Betriebsnummern in das Panel, die nicht auf echte Gründungen zurückgehen; diese Beobachtungen sind linkszensiert. Um echte Betriebsaus- und -neugründungen von linkszensierten Beobachtungen sowie echte Betriebsschließungen von rechtszensierten Beobachtungen zu unterscheiden, greifen wir auf eine im BHP bereitgestellte und von Hethey und Schmieder (2010, 2013) entwickelte Klassifizierung der Beschäftigtenströme zurück. Zudem könnten Rechtszensierungen unsere Wachstumsanalyse beeinflussen, sofern sich die Gründe für Rechtszensierungen in Ost- und Westdeutschland systematisch unterscheiden. Dies wäre etwa der Fall, wenn es für ostdeutsche Betriebe wahrscheinlicher als für westdeutsche Betriebe ist, *aufgrund* des eigenen Wachstums den Eigentümer zu wechseln. Hierzu liegen uns allerdings keinerlei Erkenntnisse vor.

Um herauszufinden, ob sich Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Betriebsdynamik unterscheiden bzw. zueinander konvergieren sind, betrachten wir zwei Zeiträume: 2001 bis 2011 sowie 2011 bis 2021. Zwar könnten Beobachtungen des Jahres 2021 durch die Corona-Pandemie beeinflusst sein, was intra-regionale Vergleiche zwischen beiden Perioden verzerrt. Da aber Ost- und Westdeutschland recht einheitlich von Corona betroffen waren (vgl. Statistisches Bundesamt 2021), dürften sich daraus keine verzerrenden Effekte hinsichtlich der Konvergenz ergeben, was der Fokus der vorliegenden Analyse ist. Zudem bleiben unsere Schlussfolgerungen hinsichtlich der Konvergenz unverändert, wenn wir den zweiten Zeitraum bereits 2019 enden lassen würden.

Wir testen auf Ost-West-Unterschiede sowie Konvergenz, indem wir Logit und Ordered Logit Modelle schätzen, in denen wir die abhängige Variable (Gründung, Schließung bzw. Wechsel der Betriebsgrößenklasse) auf eine Konstante, einen Dummy für Ostdeutschland (mit Berlin), einen Periodendummy, und die Interaktion von Ost- und Periodendummy regressieren. Der Koeffizient des Interaktionsterms liefert dann einen Hinweis auf Richtung und statistische Signifikanz des Konvergenzprozesses.

## GRÜNDUNGEN

Zunächst betrachten wir die Gründungsrate auf Betriebsebene. Da uns insbesondere die längerfristigen Wirkungen des Gründungsgeschehens auf die Betriebsgrößenstruktur interessieren, setzen wir dazu die Zahl der Neu- und Ausgründungen in einer Periode, die wir am Ende der Periode noch beobachten (überlebende Gründungen), in Relation zum Betriebsbestand zu Beginn dieser Periode, jeweils innerhalb einer Region und Betriebsgrößenklasse (BGK). Dabei ordnen wir die (überlebenden) Gründungen derjenigen BGK zu, in der sie am Ende der Periode beobachtet werden. Insofern bilden unsere Gründungsdaten nicht nur das unmittelbare Gründungsgeschehen,

sondern auch erste Wachstumsprozesse nach der Gründung ab, was ein besseres Bild darüber liefert, wie Gründungen die Betriebsgrößenstruktur beeinflussen.

Abbildung 1 zeigt die Gründungsdaten für Westdeutschland (schwarz) und Ostdeutschland (mit Berlin, grün) in den einzelnen BGK und den beiden Beobachtungsperioden. In der ersten Periode von 2001 bis 2011 verzeichnet Ostdeutschland in allen BGK eine höhere Gründungsrate als Westdeutschland. Der Abstand beträgt 2 bis 3 Prozentpunkte für Kleinst-, kleine und mittlere Betriebe, und 6 Prozentpunkte für Großbetriebe. In der zweiten Periode von 2011 bis 2021 ist das Bild weniger eindeutig. Hier zeigt sich das Gründungsgeschehen bei den Kleinstbetrieben nunmehr in Westdeutschland dynamischer und bei den kleinen Betrieben in Ost- und Westdeutschland annähernd gleich. Nur bei den mittleren und Großbetrieben ist die Gründungsrate in Ostdeutschland weiterhin höher.

Die Ergebnisse der Logit-Regression bestätigen, dass bei den Gründungsdaten über die BGK hinweg kein einheitliches Konvergenzmuster zu erkennen ist. Während sich die Gründungsrate bei den ostdeutschen Kleinstbetrieben über die Zeit sogar unter das westdeutsche Niveau abgeschwächt hat, ist sie bei den kleinen Betrieben auf das westdeutsche Niveau konvergiert. Bei den mittleren und Großbetrieben wurden hingegen keinerlei statistisch signifikante Konvergenz- oder Divergenzprozesse festgestellt.

## SCHLISSUNGEN

In einem zweiten Schritt betrachten wir nun spiegelbildlich zur Gründungsrate die Schließungsrate. Auch hier interessieren uns wieder die längerfristigen Wirkungen, sodass wir für die Schließungsrate die Anzahl der Betriebe, die während einer Periode nachweislich geschlossen wurden, in Relation setzen zum Bestand aller Betriebe zu Beginn der Periode. Schließungen und Bestand unterteilen wir nach den BGK zu Beginn einer Periode. Somit bilden unsere Schließungsdaten auch etwaige Schrumpfungsprozesse kurz vor einer Schließung ab, was einen besseren Eindruck darüber verschafft, wie schließende Betriebe die Betriebsgrößenstruktur beeinflussen.

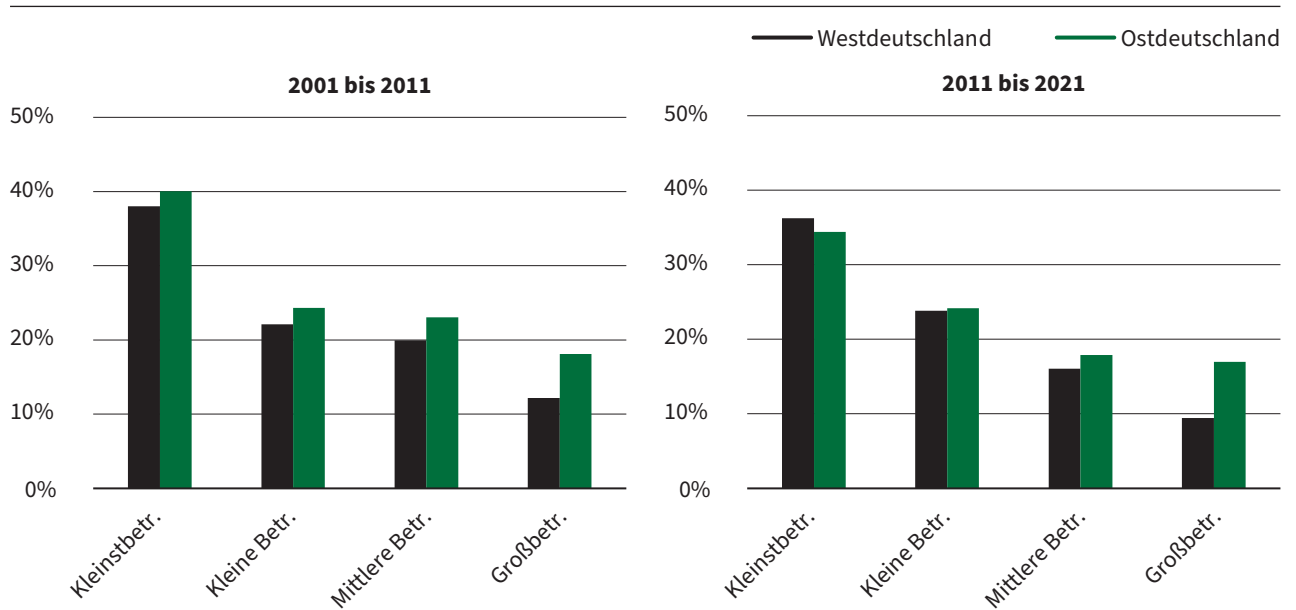
Abbildung 2 zeigt die Schließungsdaten wiederum für Westdeutschland (schwarz) und Ostdeutschland (mit Berlin, grün) in den einzelnen BGK und den beiden Beobachtungsperioden.

In der ersten Periode von 2001 bis 2011 liegt die Schließungsrate in Ostdeutschland über alle Größenklassen hinweg deutlich höher als in Westdeutschland. Bei den Kleinst- und kleinen Betrieben belief sich die Differenz auf 6 bis 7 Prozentpunkte, bei den mittleren und Großbetrieben auf 2 bzw. 3 Prozentpunkte. Auch in der zweiten Periode von 2011 bis 2021 ist die Schließungsrate in Ostdeutschland in allen BGK höher als in Westdeutschland, allerdings sind die regionalen Unterschiede mit nur noch 1 bis 2 Prozentpunkten bei den Kleinst-, kleinen und mittleren Betrieben nun bedeutend niedriger.

Anders als bei den Gründungsdaten sind demnach die ost- und westdeutschen Schließungsdaten für weite Teile der Betriebslandschaft zueinander konvergiert, wenn auch dieser Prozess noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Dieser Befund wird von den Ergebnissen der Logit-Regressionen bestätigt. Keine Anzeichen von Konvergenz zeigen hingegen die Schließungsdaten der Großbetriebe; diese sind in Ostdeutsch-

**Abb. 1**

**Gründungsraten in Ost- und Westdeutschland (in %)**



Anmerkung: Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und überwiegend privatwirtschaftliche Dienstleistungsbereiche. Die Gründungsraten setzen die Zahl der Neu- und Ausgründungen in einer Periode, die am Ende der Periode noch beobachtet werden (überlebende Gründungen), in Relation zum Betriebsbestand zu Beginn dieser Periode.

Quelle: BHP 7521 v1. Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

land weiterhin sowohl statistisch als auch ökonomisch signifikant größer als in Westdeutschland.

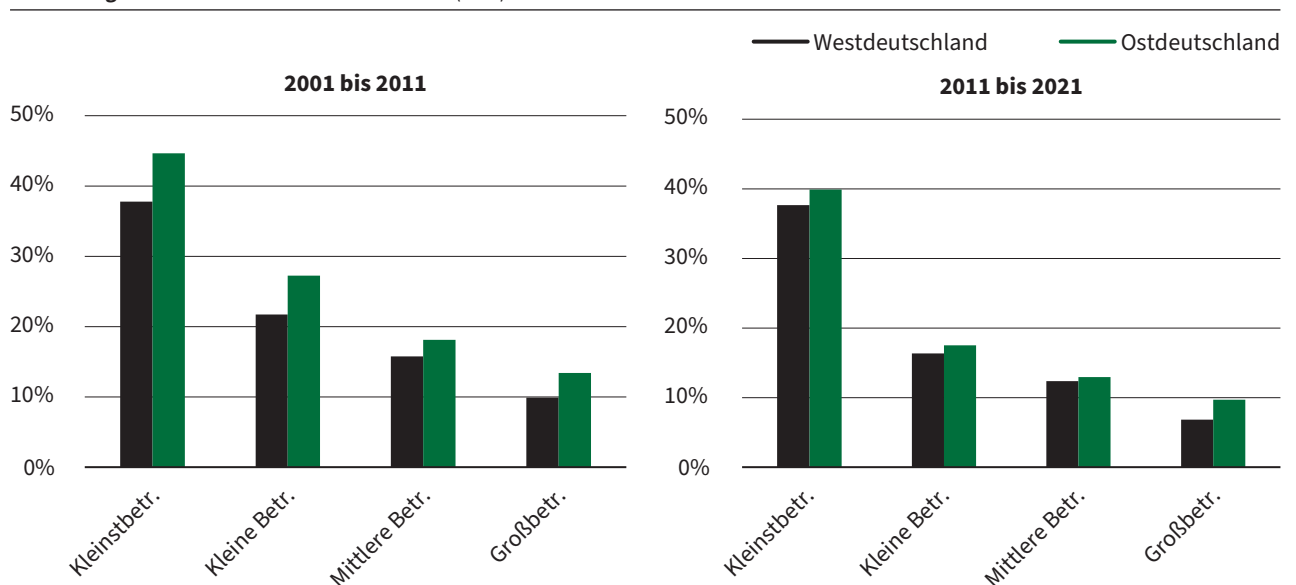
### BETRIEBSWACHSTUM UND –SCHRUMPUNG ÜBER BETRIEBSGRÖSSENKLASSEN HINWEG

In einem dritten Schritt betrachten wir nun das Wachstum bzw. die Schrumpfung bestehender Betriebe. Dazu fokussieren wir

uns auf Betriebe, die sowohl am Anfang als auch am Ende einer Periode beobachtet werden (das kurzfristige Wachstum von Betrieben, die während einer Periode gegründet oder geschlossen wurden, haben wir bereits in den beiden vorangegangenen Analysen berücksichtigt). Um wiederum die Wirkungen für die Betriebsgrößenstruktur herauszuarbeiten, konzentrieren wir uns in diesem Schritt auf Wachstum und Schrumpfung über BGK hinweg; Veränderungen innerhalb einer BGK analysieren wir im folgenden Abschnitt.

**Abb. 2**

**Schließungsraten in Ost- und Westdeutschland (in %)**



Anmerkung: Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und überwiegend privatwirtschaftliche Dienstleistungsbereiche. Die Schließungsraten setzen die Zahl der in einer Periode nachweislich geschlossenen Betriebe in Relation zum Betriebsbestand zu Beginn dieser Periode.

Quelle: BHP 7521 v1. Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Konkret prüfen wir, ob am Ende einer Periode Betriebe in der gleichen BGK beobachtet werden wie zu Beginn der Periode oder ob sie um eine bzw. mehr als eine BGK gewachsen bzw. geschrumpft sind. Prinzipiell könnten Kleinbetriebe in den zehn Jahren einer Beobachtungsperiode sogar um drei BGK zu Großbetrieben heranwachsen, während Großbetriebe um drei BGK schrumpfen könnten. Derartig extreme Wachstums- bzw. Schrumpfungsprozesse sind jedoch sehr selten, sodass wir sie im Folgenden mit dem Wachstum bzw. der Schrumpfung um zwei BGK zusammenfassen. Durch den Vergleich der BGK zu Beginn und Ende eines 10-Jahres-Zeitraums blenden wir zudem bewusst kurzfristige, sich wieder umkehrende Wachstums- und Schrumpfungsprozesse aus, um die Bedeu-

tung innerbetrieblichen Wachstums für die Betriebsgrößenstruktur herauszuarbeiten.

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse, wiederum getrennt für die beiden Regionen Westdeutschland und Ostdeutschland (mit Berlin) sowie die beiden Perioden „2001 bis 2011“ und „2011 bis 2021“. Jedes Panel der Tabelle bezieht sich auf eine der vier BGK im Ausgangsjahr einer Periode (d. h. 2001, respektive 2011). Die erste Spalte der Tabelle lässt sich beispielhaft folgendermaßen lesen: Von den westdeutschen Kleinbetrieben aus dem Jahr 2001, die zehn Jahre später (2011) noch existierten, befanden sich 92,6% dann noch immer in derselben Größenklasse, rund 7,2% sind in die nächstgrößere Größenklasse aufgestiegen und 0,2% sogar um mehr als eine BGK.

Tab. 1

## Verteilung wachsender und schrumpfender Betriebe in Ost- und Westdeutschland

	Beobachtungsperiode			
	2001-2011		2011-2021	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Kleinbetriebe</b>				
Wachstum um mehr als eine BGK	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%
Wachstum um eine BGK	7,2%	7,0%	9,4%	8,0%
kein Wechsel der BGK	92,6%	92,8%	90,3%	91,8%
Schrumpfung um eine BGK	x	x	x	x
Schrumpfung um mehr als eine BGK	x	x	x	x
<b>Kleine Betriebe</b>				
Wachstum um mehr als eine BGK	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
Wachstum um eine BGK	5,9%	6,4%	7,9%	6,8%
kein Wechsel der BGK	69,1%	66,3%	74,7%	73,0%
Schrumpfung um eine BGK	24,9%	27,2%	17,3%	20,0%
Schrumpfung um mehr als eine BGK	x	x	x	x
<b>Mittlere Betriebe</b>				
Wachstum um mehr als eine BGK	x	x	x	x
Wachstum um eine BGK	5,1%	4,8%	6,2%	5,9%
kein Wechsel der BGK	71,6%	68,4%	75,6%	73,3%
Schrumpfung um eine BGK	19,7%	21,7%	15,4%	18,0%
Schrumpfung um mehr als eine BGK	3,6%	5,1%	2,7%	2,9%
<b>Großbetriebe</b>				
Wachstum um mehr als eine BGK	x	x	x	x
Wachstum um eine BGK	x	x	x	x
kein Wechsel der BGK	73,4%	64,1%	79,8%	76,6%
Schrumpfung um eine BGK	21,4%	29,5%	16,3%	19,2%
Schrumpfung um mehr als eine BGK	5,2%	6,4%	3,9%	4,2%

Anmerkungen: BGK = Betriebsgrößenklasse.

Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und überwiegend privatwirtschaftliche Dienstleistungsbereiche. Nur Betriebe, die am Anfang und am Ende einer Periode beobachtet wurden. Dargestellt wird der Anteil der Betriebe, die basierend auf dem Ausgangsbestand in der jeweiligen Größenklasse, Periode und Region bis zum Ende der Periode gewachsen, geschrumpft oder in ihrer Größenklasse verblieben sind.

Quelle: BHP 7521 v1. Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Insgesamt ergibt sich für alle BGK, für Ost- und für Westdeutschland und für beide von uns betrachteten Perioden folgendes Bild: Von den überlebenden Betrieben wird der (weit) überwiegende Teil, nämlich jeweils zwei Drittel bis rund 90%, in der gleichen BGK beobachtet wie zehn Jahre zuvor. Ein Wechsel der BGK ist also selbst über einen Zeitraum von zehn Jahren eher die Ausnahme als die Regel. Zudem ist bei den kleinen und mittleren Betrieben – den beiden BGK, die in andere Größenklassen sowohl wachsen als auch schrumpfen können – der Anteil wachsender Betriebe jeweils kleiner als der Anteil schrumpfender Betriebe. (Hieraus darf aber nicht geschlossen werden, dass *insgesamt* mehr Betriebe schrumpfen als wachsen, da die einzelnen BGK unterschiedlich stark besetzt sind. Tatsächlich ist in jeder Region und Periode allein die *absolute* Zahl wachsender Kleinstbetriebe annähernd so groß oder sogar größer als die Gesamtzahl aller schrumpfenden Betriebe.)

Ostdeutschland zeigt in *allen* BGK eine schwächere Wachstumsdynamik als Westdeutschland: Die Anteile der in eine höhere BGK wachsenden bzw. in ihrer BGK verbleibenden Betriebe sind tendenziell kleiner und die Anteile der in eine niedrigere BGK schrumpfenden Betriebe sind tendenziell größer als in Westdeutschland. Am stärksten ausgeprägt sind diese Ost-West-Unterschiede bei den Großbetrieben. Zwar hat sich hier der Abstand zu Westdeutschland in der Periode von 2011 bis 2021 gegenüber der Vorperiode numerisch verringert, doch ist diese „Konvergenz“ statistisch nicht signifikant.

Tatsächlich zeigen unsere Ordered-Logit-Regressionen für keine der vier BGK eine signifikante Konvergenz der betrieblichen Wachstumsdynamik an. Im Gegenteil: Bei den Kleinst- und kleinen Betrieben sind die Ost-West-Unterschiede in der Periode 2011 bis 2021 sogar signifikant größer als in der Periode 2001 bis 2011, was auf eine Divergenz statt Konvergenz der betrieblichen Wachstumsdynamik überlebender Betriebe hindeutet. Auch für die mittleren und Großbetriebe zeigen die Ergebnisse der Ordered-Logit-Regressionen keinen statistisch signifikanten Konvergenzprozess an.

## BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG

Unsere bisherige Analyse hat gezeigt, dass sich die Betriebsdynamik in Ost- und Westdeutschland in mehrfacher Hinsicht immer noch signifikant unterscheidet, wenn auch die Unterschiede insbesondere bei den Gründungs- und Schließungsraten der Kleinst- und kleinen Betriebe über die Zeit abgenommen haben. Abschließend untersuchen wir nun, wie sich diese Unterschiede in der Betriebsdynamik auf die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung ausgewirkt haben.

Dazu zerlegen wir das Beschäftigungswachstum einer Periode in die Wachstumsbeiträge (häufig auch Stellenumschlagraten oder *Gross Job Flow Rates* genannt, vgl. Davis und Haltiwanger 1999) der unterschiedlichen Arten betrieblicher Dynamik: einerseits Beschäftigungsaufbau durch Betriebsgründungen sowie größenklassenübergreifendes und nun auch größenklasseninternes Betriebswachstum, und andererseits Beschäftigungsabbau durch Betriebsschließungen sowie größenklassenübergreifendes und nun auch größenklasseninternes Schrumpfen von Betrieben. Zudem ergibt sich ein rechnerischer „Wachstumsbeitrag“ aus den Beschäftigungsdifferenzen

der links- und rechtszientierten Beobachtungen. In Konsistenz zu unseren bisherigen Analysen berechnen wir diese Wachstumsraten und -beiträge nicht auf jährlicher Ebene, sondern kumuliert über den gesamten Zeitraum einer Periode.

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse in der nun schon bekannten Gliederung nach Perioden und Regionen. Demnach ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (einschließlich Auszubildende und Beschäftigte in Altersteilzeit) in den von uns betrachteten Wirtschaftszweigen von 2001 bis 2011 in Ost- und Westdeutschland jeweils netto um rund 2% geschrumpft und in der Periode von 2011 bis 2021 jeweils netto um rund 13% gewachsen. Dabei beliefen sich die Stellenumschlagraten aus Gründungen und Schließungen auf jeweils 14% bis knapp 25%, aus größenklassenübergreifenden Betriebswachstum bzw. -schrumpfung auf jeweils 6% bis 10% und aus Betriebswachstum bzw. -schrumpfung innerhalb der BGK auf jeweils 7% bis 13%.

Im Kontext unserer Erkenntnisse zur Betriebsdynamik in Ost- und Westdeutschland ergibt sich folgendes Bild: Die höheren Gründungs- und Schließungsraten in Ostdeutschland (vgl. Abb. 1 und 2) schlagen sich auch in (absolut) größeren Wachstumsbeiträgen der Gründungen und Schließungen zur Beschäftigtendynamik nieder. Dabei dürfte die Konvergenz der Schließungsraten (vgl. Abb. 2) dazu beigetragen haben, dass sich die Ost-West-Differenz der Wachstumsbeiträge der Schließungen von rund 6 Prozentpunkten in der Periode von 2001 bis 2011 in der folgenden Periode 2011 bis 2021 annähernd halbiert hat. Demgegenüber hat sich die Ost-West-Differenz der Wachstumsbeiträge der Gründungen kaum verändert – sie beträgt in beiden Perioden gut 5 Prozentpunkte –, obwohl sich die Gründungsraten der ostdeutschen Kleinst- und kleinen Betriebe auf bzw. unter das westdeutsche Niveau abgesenkt hat. Ebenso übersetzt sich die schwächere betriebliche Wachstumsdynamik in Ostdeutschland (vgl. Tab. 1) *nicht* in eine schwächere Beschäftigungsentwicklung. Im Gegenteil: Obwohl in Ostdeutschland ein geringerer Anteil der Betriebe über die eigene BGK hinaus gewachsen ist als in Westdeutschland, ist die Stellenaufbaurate aus diesem Wachstum größer. Andersherum prägen Wachstum und Schrumpfung innerhalb der BGK die Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland etwas stärker als in Ostdeutschland. Die letzten beiden Befunde deuten darauf hin, dass der Stellenaufbau in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland von wenigen, dafür aber schnell wachsenden Unternehmen (sogenannten Gazellen) getragen wird (vgl. dazu auch Ochsner und Ragnitz 2018).

## FAZIT

Wir untersuchten vor dem Hintergrund weitgehend angeglicher Betriebsgrößenstrukturen in Ost- und Westdeutschland sowie dem geringeren Anteil „wirklich großer“ Großbetriebe in Ostdeutschland, ob sich die Betriebsdynamik beider Regionen voneinander unterscheidet und wie sich diese Unterschiede in den vergangenen zwei Jahrzehnten verändert haben. Deskriptive und Regressionsanalysen anhand des IAB-Betriebs-Historik-Panels legen sowohl signifikante Ost-West-Unterschiede als auch punktuelle Konvergenzprozesse nahe: Ostdeutschland weist gegenüber Westdeutschland tendenziell höhere Gründungs- und Schließungsraten auf sowie eine schwächere



**Tab. 2**  
**Zerlegung der Beschäftigungsentwicklung**

	Beobachtungsperiode			
	2001-2011		2011-2021	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Beschäftigungsveränderung	-1,8%	-2,4%	13,3%	13,0%
<b>Wachstumsbeiträge</b>				
Gründungen	19,2%	24,9%	17,9%	23,3%
Schließungen	-17,9%	-24,1%	-14,2%	-17,8%
Betriebswachstum über BGK hinweg	7,2%	8,5%	10,0%	10,5%
Betriebsschrumpfung über BGK hinweg	-7,2%	-8,0%	-6,2%	-6,4%
Wachstum innerhalb der BGK	8,4%	7,7%	12,7%	11,2%
Schrumpfung innerhalb der BGK	-8,1%	-7,5%	-6,7%	-6,8%
Links-/rechtszensierte Beobachtungen	-3,3%	-3,9%	-0,2%	-1,1%

Anmerkungen: BGK = Betriebsgrößenklasse.

Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und überwiegend privatwirtschaftliche Dienstleistungsbereiche. Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einschließlich Auszubildende und Beschäftigte in Altersteilzeit. Wachstumsraten und -beiträge bezogen auf den Ausgangsbestand in der jeweiligen Größenklasse, Periode und Region.

Quelle: BHP 7521 v1. Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Dynamik beim Betriebswachstum über BGK hinweg. Allerdings hat Ostdeutschland insbesondere im Bereich der Gründungsraten von Kleinst- und kleinen Betrieben seinen früheren „Vorsprung“ gegenüber Westdeutschland verloren. Eine signifikante Konvergenz zeigt sich außerdem für die Schließungsraten von Kleinst-, kleinen und mittleren Betrieben. Hinsichtlich der Wachstumsdynamik bestehender und überlebender Betriebe divergierten Ost- und Westdeutschland dagegen sogar leicht bei den Kleinst- und kleinen Betrieben. Bei mittleren und Großbetrieben konnten wir keine signifikante Konvergenz feststellen.

Hieraus ergeben sich drei Implikationen: Erstens wird die Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur in Ost- und Westdeutschland in unterschiedlichem Maße von Gründungen, Schließungen und innerbetrieblichem Wachstum geprägt. Wirtschaftspolitische Entscheidungen, welche einzelne dieser betrieblichen Dynamiken besonders adressieren, wirken sich demzufolge differenziert auf die Betriebsgrößenstruktur in Ost- und Westdeutschland aus. Zweitens dürfte Ostdeutschland hinsichtlich der „wirklich großen“ Großbetriebe nur sehr langsam zu Westdeutschland aufholen, denn das betriebliche Wachstum konzentriert sich in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland auf wenige Betriebe. Eine Möglichkeit wäre, dass die Politik die Entwicklung der wachstumsstarken mittleren und Großbetriebe gezielt forciert, um den Aufholprozess zu beschleunigen (vgl. hierzu auch Ochsner und Ragnitz 2018). Gleichzeitig bedarf es aber einer Verbreiterung der Wachstumsbasis, um die Ost-West-Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur wirksam zu verkleinern. Drittens folgt sowohl aus den höheren Gründungs- und Schließungsraten als auch den Mustern innerbetrieblichen Wachstums in Ostdeutschland eine höhere Reallokation von Arbeitskräften; dies zeigt auch unsere Zerlegung der Beschäftigungsentwicklung in die einzelnen

Wachstumsbeiträge. Es bleibt Gegenstand künftiger Forschung, inwiefern sich in dieser Reallokation freiwillige Jobwechsel, demografische Aspekte, regional unterschiedliche Entwicklungen und ein fortgesetzter Strukturwandel widerspiegeln. Wirtschafts- und sozialpolitisch könnten sich Handlungsbedarfe ergeben, wenn der höhere Stellenumschlag in Ostdeutschland nicht nur zu mehr Jobwechseln, sondern auch zu längeren Arbeitswegen, höheren Wanderungsbewegungen und/oder häufigeren Unterbrechungen in den Erwerbsbiografien führt.

**LITERATUR**

Davis, S. J. und J. Haltiwanger (1999), „Gross Job Flows“, in: Ashenfelter, O. C. und D. Card (Hrsg.), Handbook of Labor Economics, Vol. 3, Part B, Elsevier, Amsterdam, S. 2 711–2 805.

Fuchs, M., O. Jost, K. Kaufmann, O. Ludewig und A. Weyh (2018), Baustelle Arbeitsmarkt - die Beschäftigungsdynamik in Ost und West hat sich angeglichen, IAB-Forum No. 09.11.2018.

Ganzer, A., A. Schmucker, J. Stegmaier und S. Wolter (2022), Betriebs-Historik-Panel 1975–2021 (BHP 7521 v1), Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). DOI: 10.5164/IAB.BHP7521.de.en.v1.

Hethey, T. und J. F. Schmieder (2010), Using Worker Flows in the Analysis of Establishment Turnover - Evidence from German Administrative Data, FDZ-Methodenreport, 06/2010 (en), Nürnberg.

Hethey-Maier, T. und J. F. Schmieder (2013), „Does the Use of Worker Flows Improve the Analysis of Establishment Turnover? Evidence from German Administrative Data“. Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 133 (04), S. 477–510.

Müller, S. und G. Neuschäffer (2019), „Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße“, Wirtschaft im Wandel 25 (03), S. 53-56.

Ochsner, C. und J. Ragnitz (2018), „Mit Gazellen gegen Arbeitsplatzverluste? Eine Analyse schnell wachsender Unternehmen in Ostdeutschland“, ifo Dresden berichtet 25 (01), S. 3–9.

Ochsner, C. und M. Weber (2014), „Die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft – dynamisch betrachtet“, ifo Dresden berichtet 21 (05), S. 22–33.

SMWA – Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (Hrsg.) (2024), Mittelstandsbericht des Freistaates Sachsen 2018 bis 2022, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, vorgelegt vom ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., Niederlassung Dresden und dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dresden.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2024), Betriebe nach Betriebsgrößenklassen, Deutschland, Länder, Kreise (Arbeitsort), Stichtag 30. Juni 2023, Nürnberg.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2021), Corona-Krise wirkt sich auf die Wirtschaftsbranchen in Ost und West ähnlich aus, Pressemitteilung Nr. N 058 vom 1. Oktober 2021, Download unter: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21\\_N58\\_42.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21_N58_42.html).

- 
- 1 Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Ochsner und Weber (2014) für das betriebliche Wachstum von Neugründungen.
  - 2 Der Datenzugang erfolgte über einen Gastaufenthalt am Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und kontrollierter Datenfernverarbeitung beim FDZ.

Joachim Ragnitz\*

# Bürokratieabbau – ein Beitrag zur Lösung des Arbeitskräfteproblems in Deutschland?

Unternehmer\*innen und Wirtschaftsverbände klagen zunehmend über ein Übermaß an bürokratischen Belastungen und fordern Erleichterungen. Auch die Bundesregierung sieht hierin einen Weg, die politisch gewollte Transformation der Wirtschaft zu beschleunigen und zugleich der schwachen Konjunktur zusätzliche Impulse zu geben. Durch eine Verringerung staatlicherseits auferlegter Informationspflichten<sup>1</sup>, so die Argumentation, würden die Unternehmen Kosten einsparen können, was wiederum ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken und ihre Investitionsbereitschaft erhöhen könnte. Erhebungen zu den Bürokratiekosten der Wirtschaft beziffern diese auf einen Wert von 65 Mrd. Euro pro Jahr.<sup>2</sup> Tatsächlich dürften diese sogar noch höher sein, da die Quantifizierung in ihrem Kern auf einer Fortschreibung von Schätzungen aus dem Jahr 2006 beruht. In der Datenbank OnDEA<sup>3</sup> des Statistischen Bundesamtes, die die Grundlage für die Berechnung der Bürokratiekosten darstellt, werden überdies bei vielen staatlichen Regelungen gar keine (oder unrealistisch niedrige) Kostenschätzungen ausgewiesen, was wenig plausibel erscheint.

Ein weiteres Argument für Bürokratieabbau, das in der öffentlichen Diskussion bisher kaum eine Rolle spielt, ist der damit verbundene Beitrag zur Minderung des Arbeitskräfteproblems, vor dem die Unternehmen (und auch der Staat!) in Deutschland stehen. Es entstehen durch vermeidbaren bürokratischen Aufwand ja nicht nur Kosten für die Unternehmen, sondern es wird auch Arbeitskraft gebunden, die zur Erzielung von betrieblicher Wertschöpfung nicht zur Verfügung steht. Ebenso könnten auch Arbeitskräfte im öffentlichen Bereich eingespart bzw. anders verwendet werden, wenn auf überflüssige Bürokratie verzichtet würde. Legt man die genannten Bürokratiekosten von 65 Mrd. Euro pro Jahr zugrunde und unterstellt, dass diese ausschließlich für Personalkosten anfallen, wären mehr als 1,3 Mill. Arbeitnehmer\*innen in der deutschen Wirtschaft nur damit beschäftigt, staatlich auferlegte Informationspflichten zu erfüllen.<sup>4</sup>

Es wäre aber natürlich ein Irrglaube, dass man durch Bürokratieabbau tatsächlich in diesem Umfang zusätzliche Arbeitskräfte zur Linderung des Arbeitskräftemangels gewinnen könnte. Ein großer Teil staatlicher Regulierungen ist inhaltlich gut begründet und weist einen Nutzen auf, der letzten Endes auch der Wirtschaft selbst zugutekommt. Zudem beruhen viele Vorschriften auf Vorgaben der EU, die durch den Bund (oder auch die Länder) im Nachhinein ohnehin nicht mehr zu beeinflussen sind. Man wird deshalb eher darauf drängen müssen, dass der

Staat die politisch gewollten Rechtsvorschriften so ausgestaltet, dass deren Umsetzung für die Wirtschaft mit möglichst geringen Kosten verbunden ist. Ein Ansatzpunkt dafür wäre es, die Möglichkeiten der Nutzung bereits vorhandener Registerdaten zu verbessern und die Möglichkeiten der Digitalisierung im Vollzug von staatlich auferlegten Berichts- und Informationspflichten stärker zu nutzen. Es ist offenkundig, dass hierbei in Deutschland längst nicht alles zum Besten steht. Zudem sollte im Vorfeld neuer Gesetzesvorhaben verstärkt darauf geachtet werden, ob das Ziel einer Vorschrift eine zusätzliche bürokratische Belastung rechtfertigt. Dies setzt zunächst einmal realistische Aufwandsschätzungen voraus (die zumindest in der OnDEA-Datenbank so nicht enthalten sind). Auch scheint eine ressortübergreifende und allein auf sachlichen Erwägungen beruhende Gesetzesfolgenabschätzung nicht immer vorhanden zu sein. Und schließlich sollte die Bundesregierung auch ihren Einfluss auf EU-Ebene geltend machen, um überzogene Regulierungen zu verhindern.

## LITERATUR

Icks, A. und R. Weicht (2022), Bürokratiekosten von Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, Eine Studie für die IMPULS-Stiftung durchgeführt vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, Bonn, 2022.

Nationaler Normenkontrollrat (Hrsg.) (2023), Jahresbericht 2023, Weniger, einfacher, digitaler. Bürokratie abbauen. Deutschland zukunftsfähig machen, Berlin 2023.

- 1 Definition der Bürokratiekosten nach §2 Abs. 2 NKRK. Darüber hinaus fällt im Regelfall (einmaliger oder laufender) Erfüllungsaufwand an, der jedoch nicht Bestandteil der Bürokratiekosten ist. Über dessen absolute Höhe liegen keine Informationen vor, da lediglich eine Schätzung der Veränderungen des Erfüllungsaufwands bei Anpassung von staatlichen Vorgaben vorgenommen wird.
- 2 Vgl. Nationaler Normenkontrollrat (2023), S. 15.
- 3 Online-Datenbank des Erfüllungsaufwands; vgl. <https://www.ondea.de>.
- 4 Vgl. hierzu auch eine Fallstudienanalyse des Instituts für Mittelstandsforschung (Icks und Weicht 2022).

\* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Joachim Ragnitz\*

# Unsicherheiten bei der Ermittlung von Übersterblichkeit während der Corona-Pandemie

Die Übersterblichkeit war ein wesentlicher Indikator zur Messung der pandemiebedingten Gefahren in der Coronakrise. Als Voraussetzung zu deren Ermittlung ist es wichtig, die Normalsterblichkeit richtig zu berechnen. Im Folgenden wird die Normalsterblichkeit anhand verschiedener Methoden ermittelt, um zu zeigen, welchen Einfluss diese auf die Schätzung der Übersterblichkeit haben. Die hier präsentierten Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechnungen ganz erheblich sein können. Dies gilt nicht nur für das Jahr 2023, sondern sogar für die Jahre 2021-2022. Da es nicht möglich ist, die „wahre“ Normalsterblichkeit zu ermitteln, fehlt es auch an einem objektiven Maßstab zur Bewertung der Ergebnisse der verschiedenen Methoden mit Blick auf die Übersterblichkeit.

Ein wesentliches Ziel der in den Jahren 2020 bis 2022 zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie ergriffenen Maßnahmen war es, die Zahl der pandemiebedingten Todesfälle zu senken. Als ein bedeutsamer Indikator hierfür diente die sogenannte „Übersterblichkeit“. Diese gibt die Zahl der tatsächlichen Todesfälle in einem bestimmten Zeitraum (unabhängig von ihrer Ursache) relativ zu einer zu erwartenden Todesfallzahl an. Es ist offenkundig, dass damit der Ermittlung der „Normalsterblichkeit“ eine herausgehobene Rolle zukommt. Dies ist indes nicht trivial, da es hierfür verschiedene Methoden gibt, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können.

Im Wesentlichen haben sich für die Ermittlung der Normalsterblichkeit drei unterschiedliche Herangehensweisen durchgesetzt:

- Zunächst gibt es hier Methoden, die den Erwartungswert für die Zahl der Todesfälle in der Gegenwart allein aus der absoluten Zahl an Sterbefällen in vorangehenden Jahren ermitteln. So verwendet das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) das arithmetische Mittel der Todesfälle in der jeweiligen Kalenderwoche in den Jahren 2016-2019, also vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Da das arithmetische Mittel allerdings durch Ausreißer (nach oben oder nach unten) verzerrt sein kann, zieht das Statistische Bundesamt (Destatis) für seine Schätzung der erwarteten Todesfälle den Median der jeweiligen Kalenderwoche in einer Basisperiode heran. Anders als bei Eurostat verwendet Destatis jedoch hierfür die vier vorangehenden Jahre – für das Jahr 2023 also beispielsweise die Werte der Jahre 2019-2022. Damit gehen in die Berechnung des Erwartungswertes auch Jahre ein, die selbst stark durch die Corona-Pandemie geprägt waren, was in der Tendenz zu einer Überschätzung der Normalsterblichkeit (und damit zu einer Unterschätzung der Übersterblichkeit) führen dürfte.
- Bei der Herangehensweise von Eurostat und Destatis bleibt unbeachtet, dass sich die Zahl der zu erwartenden Todesfälle gegenüber der Basisperiode ändern kann, so aufgrund eines Trends zu allgemein längerer Lebenserwartung, durch eine Veränderung der Größe der Bevölkerung oder durch Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur, beispielsweise

aufgrund des demografischen Wandels.<sup>1</sup> Eine Möglichkeit, dies zu berücksichtigen, liegt in der Schätzung eines Zeitrends in der Zahl der Todesfälle. Ein solches Verfahren wurde beispielsweise von Karlinsky und Kobak (2021)<sup>2</sup> vorgeschlagen und unter anderem von internationalen Datenbankanbietern übernommen.<sup>3</sup> Auch das von den Gesundheitsbehörden der europäischen Länder getragene Euro-MOMO-Netzwerk<sup>4</sup> sowie die WHO<sup>5</sup> wenden ähnliche Verfahren an. Die einzelnen Verfahren unterscheiden sich primär in der Art des zugrundeliegenden Schätzmodells sowie in der Modellierung saisonaler Einflüsse auf die Sterblichkeit. In einigen Modellen werden zudem Wetterdaten einbezogen, um witterungsbedingte Einflüsse auf die Sterblichkeit berücksichtigen zu können.<sup>6</sup>

- Um die Auswirkungen von Änderungen der Bevölkerungsstruktur direkt berücksichtigen zu können, haben andere Autoren (De Nicola et al. 2022, Thum 2022 und Ragnitz 2021, 2022) vorgeschlagen, nicht die absolute Zahl der Todesfälle in einer Referenzperiode zu verwenden, sondern vielmehr die (historischen oder fortgeschriebenen) Sterbewahrscheinlichkeiten in einer bestimmten Altersgruppe als Basis zu nehmen. Durch Multiplikation mit der Bevölkerungszahl in jeder Altersgruppe ergibt sich dann ein Erwartungswert für die Zahl der Todesfälle, der demografische Faktoren explizit mit einbezieht. Die verschiedenen Methoden unterscheiden sich u. a. darin, ob die Bevölkerung am Jahresanfang oder fortgeschriebene Bevölkerungszahlen über den Jahresverlauf verwendet werden.

Im Folgenden wird die Normalsterblichkeit anhand verschiedener Methoden ermittelt, um zu zeigen, welchen Einfluss diese auf die Schätzung der Übersterblichkeit während der Corona-Pandemie haben. Die Auswahl ist dabei nur beispielhaft zu verstehen, um den Effekt der gewählten Methodik auf die Ergebnisse herauszuarbeiten. Konkret werden dabei die folgenden Verfahren betrachtet:

- Die Berechnungsweise des Statistischen Bundesamtes, also die Ermittlung der Normalsterblichkeit anhand des Median-

\* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

werts der Todesfälle in den vorangehenden vier Jahren. Ergänzend werden auch die Ergebnisse nach der Eurostat-Methode (arithmetisches Mittel der Jahre 2016-2019) präsentiert (im Folgenden bezeichnet als „Destatis“ bzw. „Eurostat“).

- Eine Trendfortschreibung der Sterbefallzahlen in Anlehnung an die von Karlinsky und Kobak (2021) vorgeschlagenen Methode, allerdings mit dem Unterschied, dass als Stützperiode hier die Jahre 2012-2019 verwendet werden (im Folgenden bezeichnet als „OWD“).
- Zum Dritten ein Rechenmodell auf Basis von Sterbewahrscheinlichkeiten. Anders als bei De Nicola et al. (2022) und Ragnitz (2023) werden diese hier allerdings nicht aus der Sterbetafel abgeleitet, sondern direkt aus der Statistik der Todesfälle übernommen. Dabei wird zum einen der Medianwert der Jahre 2016-2019 auch für die Folgejahre angenommen (dies entspricht in etwa der Vorgehensweise von Thum 2022; im Folgenden: ifo ohne Fortschreibung), zum anderen eine Vorausschätzung der Sterbewahrscheinlichkeiten für alle verfügbaren Altersjahre für die Jahre 2020-2023 auf Basis einer linearen Regressionsschätzung (mit Stützzeitraum 2012-2019) (im Folgenden: ifo mit Fortschreibung). Die unterjährige Bevölkerungsentwicklung wird berücksichtigt, indem der Jahresanfangsbestand der Einwohner\*innen Deutschlands in den einzelnen Altersjahren wochenweise fortgeschrieben wird.<sup>7</sup>

Die Herangehensweise von Euro-MOMO lässt sich nicht replizieren, weil die genaue Modellspezifikation nicht bekannt ist und die Originaldaten nur für die Gesamtheit aller teilnehmenden Länder publiziert sind.

In Abbildung 1a) ist die Schätzung der Normalsterblichkeit mittels der Methoden von Eurostat, Destatis und OWD dargestellt. Auffällig sind neben der unterschiedlichen Stärke der saisonalen Ausschläge insbesondere der ansteigende Trend bei OWD (Folge der alternden Bevölkerung) sowie die insbesondere zum Ende des Beobachtungszeitraums hin deutlich höhere Normalsterblichkeit bei der Schätzung von Destatis.

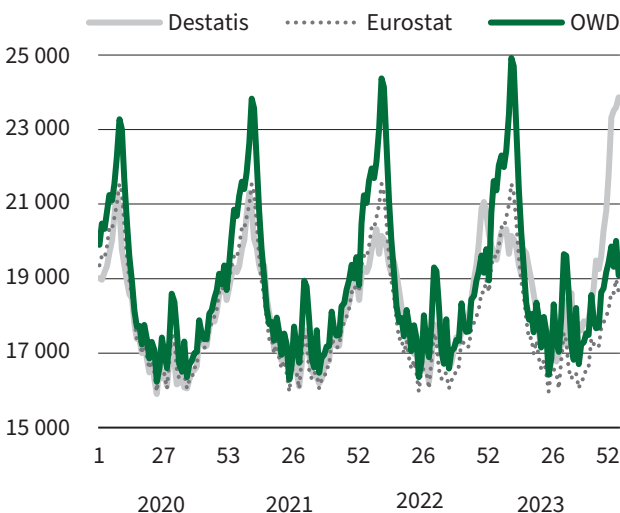
Diese ist darauf zurückzuführen, dass für die Normalsterblichkeit hier der Median der Sterbefälle in den Jahren 2019-2022 herangezogen wird. Dieser entspricht zum Jahresende 2023 hin dem arithmetischen Mittel der Jahre 2020 und 2021 und ist damit in hohem Maße durch die Corona-Wellen im Winter dieser beiden Jahre beeinflusst. Die Eurostat-Schätzung ist eher unauffällig, berücksichtigt aber eben die Veränderungen von Bevölkerungsstruktur und -größe gegenüber dem Basiszeitraum 2016-2019 nicht.

In Abbildung 1b) ist darüber hinaus die Schätzung der Normalsterblichkeit abgebildet, die sich bei Verwendung von Sterbewahrscheinlichkeiten ergibt (ifo mit bzw. ohne Fortschreibung). Beide Kurven steigen infolge der zunehmenden Bevölkerungszahl und der wachsenden Größe der älteren Alterskohorten<sup>8</sup> über die betrachteten Jahre leicht an, jene mit konstanter Sterbewahrscheinlichkeit jedoch deutlich stärker. Wegen dieses Effekts der steigenden Bevölkerung sowie der expliziten Berücksichtigung der Alterung ist die erwartete Normalsterblichkeit bei dieser Methodik im Jahresdurchschnitt deutlich höher als bei den übrigen Schätzmodellen.

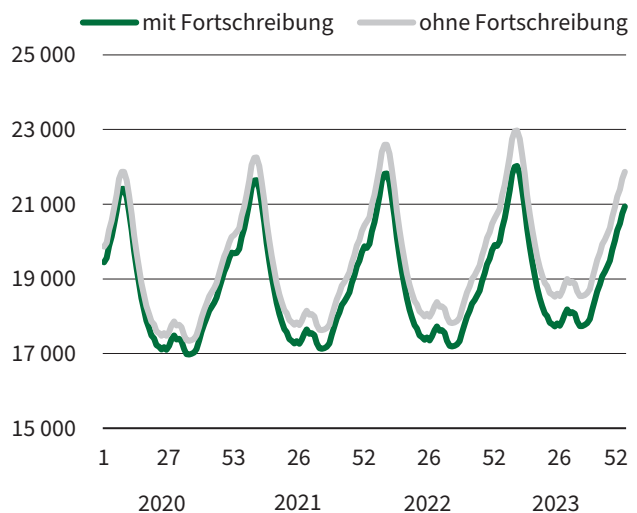
Durch Vergleich mit den tatsächlichen Sterbefällen pro Periode lässt sich auf dieser Basis die Übersterblichkeit berechnen. Diese sind in Abbildung 2 dargestellt: Zwar werden Phasen von Übersterblichkeit über den Zeitraum 2020-2022 in allen Fällen in gleicher Weise identifiziert, im Niveau der gemessenen Übersterblichkeit fallen die Schätzungen jedoch höchst unterschiedlich aus. Dies wird besonders deutlich, wenn man die wöchentlichen Angaben zu Jahreswerten aggregiert (vgl. Tab. 1). Im Verlauf des Jahres 2023 werden dann sogar einander widersprechende Signale gegeben: Während zum Jahresende hin die Destatis-Schätzung eine erhebliche Untersterblichkeit diagnostiziert, ergibt sich bei den anderen Schätzungen für die letzten Wochen des Jahres weiterhin eine Übersterblichkeit. Grund hierfür ist offenkundig die durch die Sterblichkeitswellen der Jahre 2020-2022 erhöhte Schätzung der Normalsterblichkeit bei Destatis. Auffällig ist zudem, dass

**Abb. 1**  
**Normalsterblichkeit nach verschiedenen Ermittlungsmethoden**

**1a) Normalsterblichkeit nach Destatis, Eurostat und OWD**



**1b) Normalsterblichkeit nach ifo-Methodik**



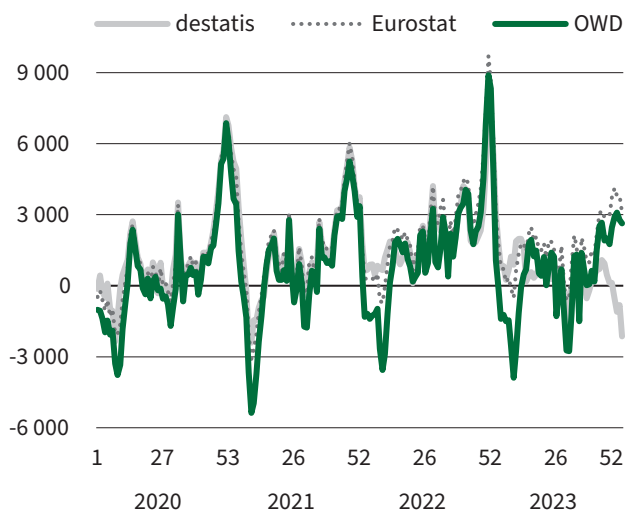
Quelle: Destatis, Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

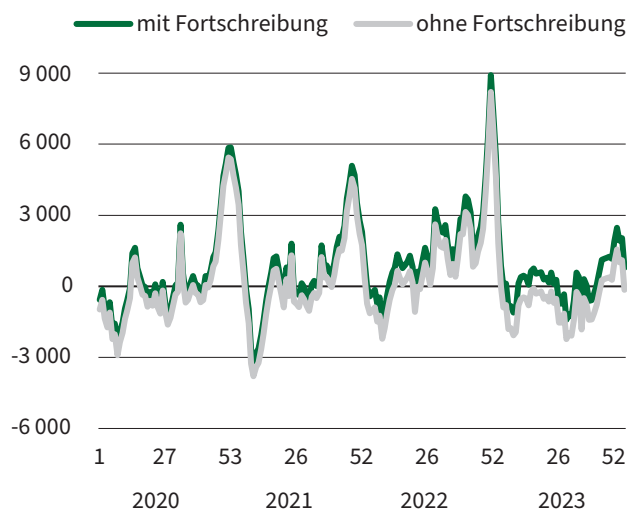
Abb. 2

Übersterblichkeit nach verschiedenen Ermittlungsmethoden

2a) Übersterblichkeit nach Destatis, Eurostat und OWD



2b) Übersterblichkeit nach ifo-Methodik



Quelle: Destatis, Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

die ifo-Schätzung ohne Fortschreibung in allen Jahren eine deutlich niedrigere Übersterblichkeit feststellt als die übrigen Methoden.<sup>9</sup> Für das Jahr 2023 ergibt sich in diesem Fall sogar über das Jahr gerechnet eine Untersterblichkeit, während die anderen Methoden jeweils eine Übersterblichkeit in allerdings divergierender Höhe ermitteln.

Die hier präsentierten Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechnungen ganz erheblich sein können. Dies gilt nicht nur für das Jahr 2023, sondern sogar für die Jahre 2021-2022. Da es nicht möglich ist, die „wahre“ Normalsterblichkeit zu ermitteln, fehlt es auch an einem objektiven Maßstab zur Bewertung der Ergebnisse der verschiedenen Methoden mit Blick auf die Übersterblichkeit. Bei Methoden ohne Berücksichtigung von Veränderungen der Sterblichkeit (ifo ohne Fortschreibung und Eurostat) dürfte der Fehler umso höher ausfallen, je weiter man sich vom Basiszeitraum entfernt. Bei den Methoden mit Berücksichtigung von Veränderungen der Sterblichkeit hängt das Ergebnis entscheidend von der Art der Fortschreibung und dem hierfür herangezogenen Stützzeitraum ab. Die Methode von Destatis fällt hierbei aus dem Rahmen, dürfte aber auch keine unverzerrten Werte liefern. Angesichts dieses Bildes erscheint es

besonders wichtig, die Spezifika der einzelnen Methoden genau herauszuarbeiten, um die teilweise sehr deutlichen Unterschiede in den Ergebnissen einordnen zu können. Dies ist vor allem dann von Bedeutung, wenn Angaben zur Übersterblichkeit zur Ableitung politischer Schlussfolgerungen herangezogen werden sollen.

LITERATUR

Central Bureau of Statistics, Statistics Netherlands (Hrsg.) (2021), Almost 4 Thousand Deaths in First Week of 2021, Amsterdam, Download unter <https://www.cbs.nl/en-gb/news/2021/02/almost-4-thousand-deaths-in-first-week-of-2021/excess-mortality-and-expected-mortality>.

De Nicola, G., G. Kauermann und M. Höhle (2022), „On Assessing Excess Mortality in Germany During the COVID-19 Pandemic, Wirtschafts- und sozialstatistisches Archiv, 16 (01), S. 5-20.

Euro-MOMO (Hrsg.) (o. J.), A European Algorithm for a Common Monitoring of Mortality Across Europe, Work Package 7 Report, Statens Serum Institut, Kopenhagen, Download unter [https://www.euromomo.eu/uploads/pdf/wp7\\_report.pdf](https://www.euromomo.eu/uploads/pdf/wp7_report.pdf).

Global Change Data Lab (Hrsg.) (2024), Our World in Data, Oxford, Download unter <https://ourworldindata.org/excess-mortality-covid#excess-mortality-p-scores>.

Tab. 1

Schätzungen der Übersterblichkeit nach verschiedenen Methoden

	2020 <sup>a</sup>	2021	2022	2023
Destatis	63 565	88 144	110 564	28 720
Eurostat	57 758	90 235	132 818	90 961
OWD	35 890	48 385	79 104	25 484
ifo mit Fortschreibung	27 414	48 469	86 393	20 893
ifo ohne Fortschreibung	10 403	20 600	51 077	-23 665

Anmerkung: a) ab Kalenderwoche 10/2020.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Karlinsky, A. und D. Kobak (2021), Tracking Excess Mortality Across Countries During the COVID-19 Pandemic with the World Mortality Dataset, eLife 2021; 10e69336, Download unter <https://elifesciences.org/articles/69336>.

Ragnitz, J. (2021), „Corona-Pandemie, Übersterblichkeit und der Lockdown der Wirtschaft“, ifo Dresden berichtet, 28 (01), S. 14-21.

Ragnitz, J. (2022), „Übersterblichkeit während der Corona-Pandemie“, ifo Dresden berichtet, 29 (01), S. 29-35.

Thum, M. (2022), „Übersterblichkeit im zweiten Halbjahr 2021 in den deutschen Bundesländern“, ifo Dresden berichtet 29 (02), S. 3-5.

WHO – World Health Organization (Hrsg.) (2023), Methods for Estimating the Excess Mortality Associated with the COVID-19 Pandemic, Washington.

---

1 Auch wenn die Veränderung der Sterblichkeit bzw. der Bevölkerungsstruktur zwischen einzelnen Jahren recht gering ist, können sich über längere Zeiträume (in diesem Fall immerhin vier Jahre) durchaus spürbare Effekte auf die Schätzung der Normalsterblichkeit ergeben.

2 Vgl. Karlinsky und Kobak (2021).

3 Vgl. z. B. Global Change Data Lab (2024).

4 Vgl. Euro-MOMO (o. J.).

5 Vgl. WHO (2023).

6 Vgl. hierzu auch Central Bureau of Statistics (2021).

7 Die Bevölkerung nach Altersjahren in einer bestimmten Periode ergibt sich bei den ifo-Berechnungen aus der Bevölkerung der Vorperiode abzüglich der Personen, die in dieser Periode in die nächsthöhere Altersgruppe wechseln, zuzüglich der Personen, die aus der nächstniedrigeren Altersgruppe hinzukommen, abzüglich der Sterbefälle und zuzüglich der Wanderungen. Dabei wird Gleichverteilung der Geburten über das Jahr angenommen; für Sterbefälle und Wanderungen werden die tatsächlichen Werte aus der amtlichen Statistik verwendet. Das Saisonmuster der Normalsterblichkeit ergibt sich aus der tatsächlichen Zahl der Todesfälle in den Jahren 2012 bis 2019, wobei diese mittels fünfperiodiger gleitender Durchschnitts geglättet wurden.

8 Hier schlagen insbesondere die Ukraineflüchtlinge im Jahr 2022 zu Buche, die zu einem Anstieg der Bevölkerung um mehr als 1 Mill. Personen geführt hat. Auch wenn es sich dabei überwiegend um jüngere Personen mit deshalb nur geringer Sterbewahrscheinlichkeit handelte, führt dies zu einem zusätzlichen Anstieg der Zahl der zu erwartenden Sterbefälle.

Niels Gillmann und Ernst Glöckner\*

# ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen (März 2024)

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer\*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

**Abb. 1**

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2024.

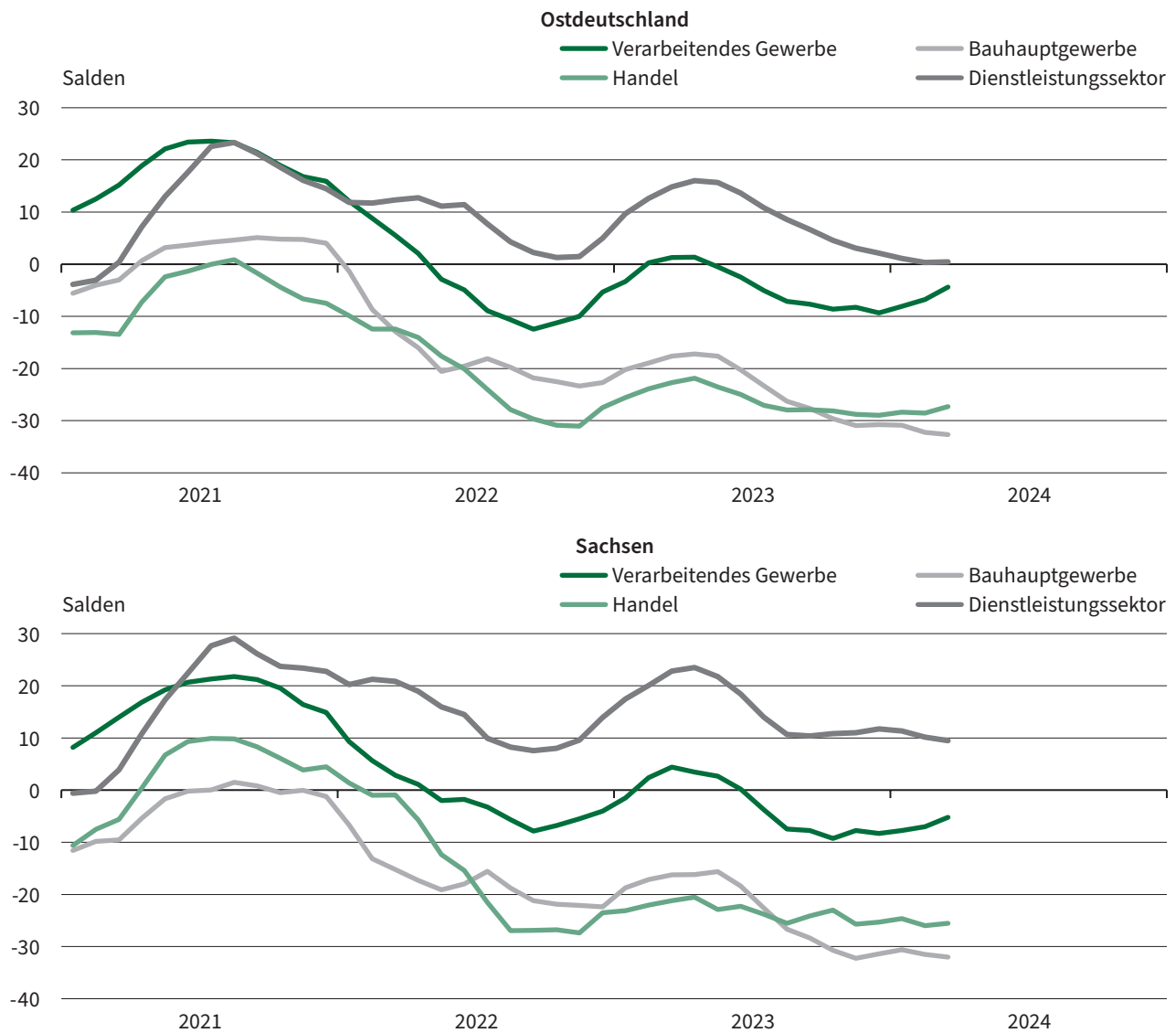
© ifo Institut

\* Niels Gillmann und Ernst Glöckner sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.



**Abb. 2**

**ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen** (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



**Abb. 3**

**ifo Beschäftigungserwartungen** (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

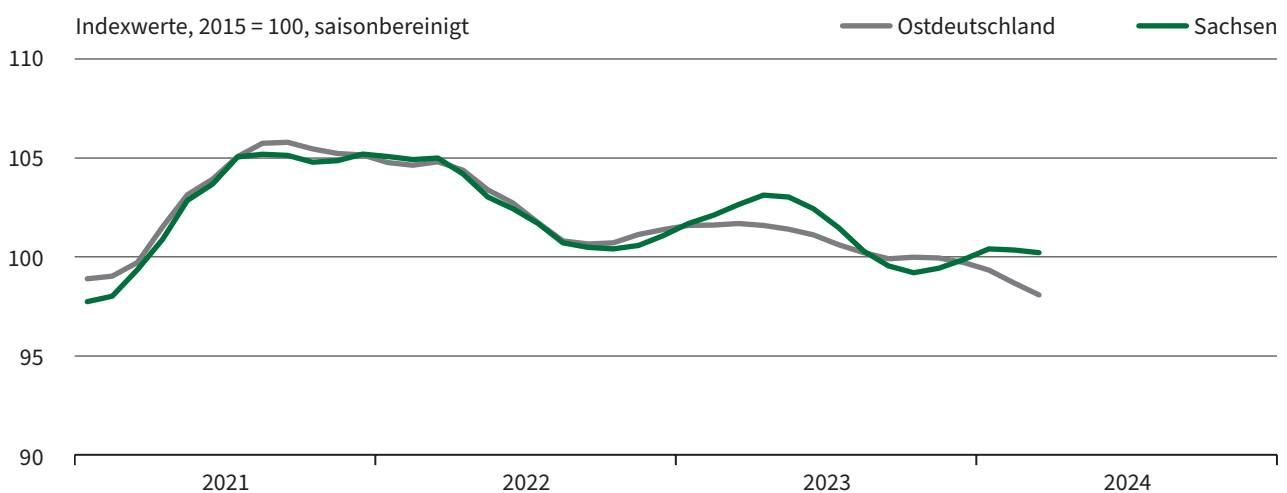
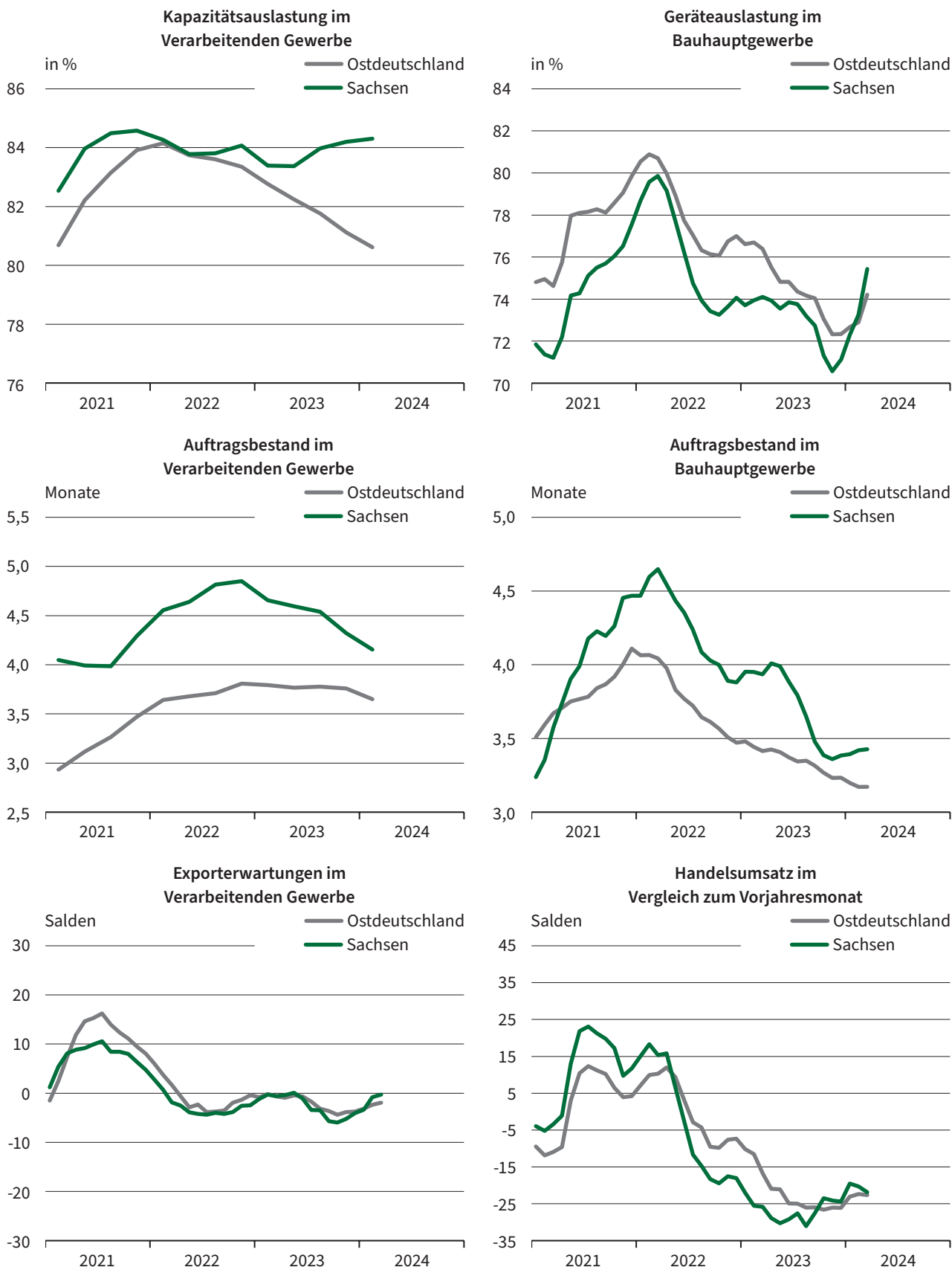


Abb. 4

**Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen**

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2024.

# ifo Veranstaltungen

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird Prof. Dr. Johannes Becker, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft an der Universität Münster, am **17. April 2024** einen Vortrag zum Thema „Mindeststeuern auf globale Konzerne – Reform und Zukunft des internationalen Steuersystems“ halten.

Kürzlich haben sich rund 140 Staaten auf eine fundamentale Reform des internationalen Steuersystems geeinigt. Zukünftig soll es nicht mehr möglich sein, weniger als 15% Steuern auf Unternehmensgewinne zu zahlen. Außerdem soll ein Teil des Gewinns dort versteuert werden, wo die Kund\*innen bzw. Konsument\*innen ansässig sind. Ein Teil der Reform – die Mindestbesteuerung der Gewinne multinationaler Unternehmen – ist in Deutschland bereits umgesetzt. Doch die anfängliche Hochstimmung ist verflogen. Die erwarteten Mehreinnahmen sind geringer als erhofft und der bürokratische Aufwand größer als befürchtet. Die Umsetzung weiterer Teile der Reform ist ins Stocken geraten.

Der stockende Reformprozess hat offengelegt, dass grundlegende Fragen noch unbeantwortet sind. Wie sollen multinationale Unternehmen in einer zunehmend digitalisierten Welt ohne Weltregierung besteuert werden? Nach welchen Prinzipien sollen Staaten Besteuerungsrechte zugeteilt werden? Wie sieht eine (sach)gerechte Verteilung der steuerlichen Bemessungsgrundlage auf die einzelnen Unternehmensstandorte aus? Prof. Becker gibt in seinem Vortrag einen Überblick über die Reform und die ungelösten Probleme der internationalen Unternehmensbesteuerung und berichtet über den Forschungsstand zu diesen Fragen.

Johannes Becker studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an den Universitäten Köln und Clermont-Ferrand. Er promovierte 2008 bei Clemens Fuest in Köln. Nach Postdoc-Stationen an der Universität Oxford und am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und öffentliche Finanzen in München wurde er 2010 zum Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Universität Münster berufen. Prof. Becker ist International Research Fellow am Centre for Business Taxation der Univer-

sität Oxford und Forschungsprofessor am ifo Institut in München. Seine Forschung beschäftigt sich mit Besteuerung und Staatsfinanzierung im Allgemeinen und Unternehmensbesteuerung im Besonderen.

Am **16./17. Mai 2024** geht der **ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy** in seine 13. Auflage. Es sollen aktuelle Forschungsergebnisse zu den folgenden Themen vorgestellt werden:

- Evaluierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und entsprechenden Sozialprogrammen,
- Minderheiten und Integrationsmaßnahmen,
- Verhaltensökonomie,
- Fragen der Gesundheit und Ungleichheit.

Als Keynote Speaker konnte Prof. Katharina Wrohlich, Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin und Professorin für Öffentliche Finanzen, Gender- und Familienökonomie an der Universität Potsdam, gewonnen werden.

Außerdem findet am **12./13. September 2024** der **ifo Dresden Workshop on Regional Economics** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden statt. Wir laden alle Interessierten herzlich ein, ihre aktuellen Forschungsarbeiten zu den folgenden Themen einzureichen (vgl. Call for Paper am Ende dieses Heftes):

- Regional Structural Change,
- Development Economics,
- Economic History,
- Public Economics.

Wir freuen uns, Ines Helm, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der LMU München mit Forschungsschwerpunkt in den Bereichen Labor Economics und Urban Economics, beim Workshop als Keynote Speaker begrüßen zu dürfen.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden ([www.ifo.de/forschung/ifo-dresden](http://www.ifo.de/forschung/ifo-dresden)) unter der Rubrik Veranstaltungen.

## ifo Veröffentlichungen

Arin, Kerim Peren; Efstathios Polyzos und Marcel Thum (2024), „Den populistischen Wähler verstehen“, ifo Schnelldienst 77 (03), S. 25-30.

Hembach-Stunden, Katharina; Anna Kremer, Albert Landsberger, Remo Nitschke, Joachim Ragnitz, Britta Stöver und Philip Ulrich (2023), Chancen und Risiken von Klimaschutzmaßnahmen für die Sächsische Wirtschaft, herausgegeben vom Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaates Sachsen, Dresden.

Muench, Ursula; Armin Nassehi, Joe Kaeser, Knut Bergmann, Matthias Diermeier, Florian Dorn, David Gstrein, Florian Neumeier, Manuel Funke, Moritz Schularick, Christoph Trebesch, Kerim Peren Arin, Efstathios Polyzos, Marcel Thum, Luisa Dörr, Niklas Potrafke, Felix Rösel und Tuuli Tähtinen (2024), „Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus“, ifo Schnelldienst 77 (03), S. 3-32.

Ferenc, Grega; Remo Nitschke, Joachim Ragnitz, Mandy Stobbe und Susanne Winge (2024), Mittelstandsbericht des Freistaates Sachsen 2018 bis 2022, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, vorgelegt vom ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., Niederlassung Dresden und dem Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, herausgegeben vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dresden.

Arin, Kerim Peren; Efstathios Polyzos und Marcel Thum (2024), „Understanding the Populist Voter“, EconPol Forum 25 (02), S. 14-18.

## ifo Vorträge

Schulze Spüntrup, Selina, „Does Implementing Opt-out Solve the Organ Shortage Problem? Evidence from a Synthetic Control Approach“, Vortrag auf der 16. Jahrestagung 2024 der Deutschen Gesellschaft für Gesundheitsökonomie (dggö), 4. März 2024, Halle (Saale).

Ragnitz, Joachim, „Anhörung zum Gesetzesantrag der AfD zur Änderung der sächsischen Verfassung (Härtung der Schuldenbremse) im Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtags“, Vortrag im Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtags, 6. März 2024, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Grenzregionen in Deutschland – Impulsgeber oder Sorgenkinder?“, Vortrag anlässlich der Konferenz „Der deutsch-polnische Grenzraum: Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Vision und Realität“, veranstaltet von Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies (VCPU), Europa-Universität Viadrina (EUV), Hanse Club, Bundesverband Der Mittelstand. BVMW e. V. für die Region Frankfurt (Oder) und den Landkreis Oder-Spree, Frankfurter Netzwerk, 18. April 2024, Frankfurt/Oder.

## ifo in den Medien (Auswahl)

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland verbessert sich leicht (Januar 2024)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 31. Januar 2024.

„Stimmung besser: Arbeitgeber sehen Lage aber kritisch“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 31. Januar 2024, [www.faz.net](http://www.faz.net), [www.focus.de](http://www.focus.de), [www.stern.de](http://www.stern.de), [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), [www.welt.de](http://www.welt.de), [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

„ifo Dresden: Der Osten sollte in Förderung der Arbeitsplatzqualität investieren“, Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 15. Februar 2024.

„Experte: Begrenzter Schub für Wirtschaft im Osten“, Joachim Ragnitz, 15. Februar 2024, [www.faz.net](http://www.faz.net), [www.focus.de](http://www.focus.de), [www.stern.de](http://www.stern.de), [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), [www.welt.de](http://www.welt.de), [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

„Dresdner ifo-Experte sieht nur begrenzten Schub für die Wirtschaft im Osten durch Tesla und Co“, Sächsische Zeitung, 15. Februar 2024, [www.saechsische.de](http://www.saechsische.de).

„Standortfaktor Deutschland – Wenn das Image Experten aus dem Ausland vergrätzt“, Joachim Ragnitz, Handelsblatt, 16. Februar 2024, S. 12/13, [www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com).

„Fachkräfte meiden Ostdeutschland – Wenn das Image Experten aus dem Ausland vergrault“, Joachim Ragnitz, Der Tagesspiegel, 16. Februar 2024, [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de).

„Sachsens Personal schluckt 40 Prozent des Landeshaushalts – Der Landesrechnungshof sieht eine alarmierende Entwicklung. ifo-Forscher Ragnitz sagt: Das geht unmittelbar zulasten der Wirtschaft“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten, Leipziger Volkszeitung und Regionalausgaben, 23. Februar 2024, S. 1, [www.dnn.de](http://www.dnn.de).

„Stoppt Wachstumspaket Wirtschaftskrise? In Sachsen sind Erwartungen verhalten“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten, Leipziger Volkszeitung und Regionalausgaben, 23. Februar 2024, S. 1, [www.dnn.de](http://www.dnn.de) und [www.lvz.de](http://www.lvz.de).

„Hochlauf in der Solarfabrik – In der Nähe von Dresden passiert etwas Außerordentliches: Während die meisten Hersteller von Solarmodulen in Deutschland derzeit über einen Produktionsstopp nachdenken, lässt das Start-up Sunmaxx eine neue Fabrik hochlaufen“, Joachim Ragnitz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Februar 2024, S. 22, [www.faz.net](http://www.faz.net).

„Strukturwandel: Wie steht es um die Lausitz?“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell, 27. Februar 2024, [www.mdr.de](http://www.mdr.de).

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland kühlt leicht ab (Februar 2024)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 29. Februar 2024.

„Geschäftsklima in Ostdeutschland kühlt leicht ab“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 29. Februar 2024, [www.faz.net](http://www.faz.net), [www.focus.de](http://www.focus.de), [www.stern.de](http://www.stern.de), [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), [www.welt.de](http://www.welt.de), [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

„Ökonomen warnen vor einer De-Industrialisierung in Sachsen“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 4. März 2024, S. 1 und 23, [www.saechsische.de](http://www.saechsische.de).

„Wie Fachleute das Rentenpaket II bewerten – ‚Keine guten Aussichten, vor allem nicht für Jüngere‘“, Joachim Ragnitz, Der Tagesspiegel, 5. März 2024, [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de).

„Gründerzeiten – Wie aus dem Osten eine Region der Selbständigen wurde“, Joachim Ragnitz, Die Zeit, 7. März 2024, S. 21, [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

„Wirtschaftsforscher sieht Imageschaden nach Tesla-Anschlag“, Joachim Ragnitz, Freie Presse, 8. März 2024, [www.freiepresse.de](http://www.freiepresse.de).

„Bericht: Sächsischer Mittelstand Rückgrat der Wirtschaft“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 13. März 2024, [www.faz.net](http://www.faz.net), [www.focus.de](http://www.focus.de), [www.stern.de](http://www.stern.de), [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), [www.welt.de](http://www.welt.de), [www.zeit.de](http://www.zeit.de).

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland blüht mit Frühlingsanfang auf (März 2024)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. März 2024.

# ifo DRESDEN CALL FOR PAPERS

---

## KEYNOTE SPEAKER

Ines Helm  
(LMU Munich & CESifo)

---

## CONFERENCE VENUE

ifo Institute – Leibniz Institute  
for Economic Research at the  
University of Munich  
Dresden Branch  
Einsteinstrasse 3  
01069 Dresden  
Germany

---

## CONFERENCE FEE

None.  
We do not offer travel grants.

---

## ORGANIZERS

Felix Roesel  
(TU Braunschweig, ifo Institute &  
CESifo)

Valentin Lindlacher  
(TU Dresden, ifo Institute & CESifo)

Ernst Gloeckner  
(ifo Dresden)

Anna Kremer  
(ifo Dresden)

---

## LINK FOR SUBMISSIONS

[https://www.ifo.de/en/event/  
2024-09-12/14th-ifo-dresden-work-  
shop-re-gional-economics](https://www.ifo.de/en/event/2024-09-12/14th-ifo-dresden-workshop-regional-economics)

---

## CONTACT

Ernst Gloeckner  
Phone: +49(0)351-26476-22  
E-mail: [gloeckner@ifo.de](mailto:gloeckner@ifo.de)

---

## 14th ifo Dresden Workshop on Regional Economics

September 12-13, 2024, in Dresden, Germany

The ifo Institute, Dresden Branch, announces the 14th ifo Dresden Workshop on Regional Economics. The workshop aims at facilitating the networking of young scientists and at promoting the exchange of their latest research. Relevant topics include regional structural change, development economics, economic history, and public economics. Preference is given to empirical papers estimating causal inferences in a spatial context, natural experiments, or recent geo-data and respective methods.

We specifically encourage PhD students and post-doctoral researchers to submit their research. Each paper will be allocated 45 minutes, to be divided between the presentation, a short discussion by an assigned workshop participant and a general discussion.

We are pleased to announce that Ines Helm, professor of economics at LMU Munich with a research focus on labor and urban economics, will attend the workshop as keynote speaker.

### Submissions:

Please submit your (preliminary) paper by **June 14, 2024**, via the workshop [website](#). Alternatively, check the ifo website for forthcoming conferences. Acceptance decisions will be announced by **June 28, 2024**.

We are looking forward to seeing you in Dresden.



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
DRESDEN



Technische  
Universität  
Braunschweig

**ifo** INSTITUTE  
Dresden Branch

# Hinweis für externe Autor\*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor\*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de) eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

## Formale Anforderungen:

Der Leser\*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker\*innen vor allem Entscheider\*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor\*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

